Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Integration,
Frauen und Gleichstellung,
Vielfalt und Antidiskriminierung**

17. Sitzung
25. April 2024

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 16.49 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich rufe auf

Redaktion: Dr. Nina Burkhardt, Tel. 2325-1456 bzw. quer 99407-1456

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0031
Abgabe von kostenlosen Menstruationsprodukten – Erfahrungen und Best Practices IntGleich
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Bevor ich in diesen Tagesordnungspunkt einsteige, ein kurzer Hinweis von mir: Wir haben heute zwei Anhörungen. Das ist nicht der Regelfall, sondern wir haben das ausnahmsweise so gemacht. Ich möchte gerne, dass beide Anhörungen auch genügend Zeit haben, und bitte Sie, das bei Ihren Wortmeldungen entsprechend zu berücksichtigen. Ich freue mich, dass wir unsere Tagesordnung dann gemeinsam schaffen.

Wunderbar! Dann begrüße ich ganz herzlich unsere Anzuhörenden: Das sind Frau Annabel Haas-Krahé von der Initiative „Faire Periode Lichtenberg“ – herzlich willkommen! – und Frau Annika Maretzki. Sie ist Fachreferentin für Frauen im Wohnungsnotfall und digitale Teilhabe bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. – Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

Ich gehe davon aus, dass Sie ein Wortprotokoll beantragen möchten. – Es widerspricht keiner, und ich sehe teils nickende Gesichter, dann verfahren wir so. Für die Begründung des Besprechungsbedarfs darf ich Frau Dr. Haghanipour von Bündnis 90/Die Grünen das Wort erteilen. – Bitte schön!

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir würden heute gerne über die mögliche Abgabe von kostenfreien Menstruationsprodukten sprechen, weil auch das eine Antwort auf die Frage von Teilhabe von Menschen, die menstruieren, ist. Es ist eine Frage davon, wie zugänglich Menstruationsprodukte sind, wenn man unterwegs ist und gerade nichts dabei hat, dass man in öffentlichen Einrichtungen zum Beispiel Menstruationsprodukte bekommen kann. Es ist aber auch eine Frage von finanziellem Status, also dass Menschen, die obdachlos sind, oder Schülerinnen, die wenig Geld haben, in öffentlichen Einrichtungen vielleicht Menstruationsprodukte vorfinden. – Ich freue mich über die Diskussion jetzt.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Für eine einleitende Stellungnahme des Senats würde ich jetzt gerne noch der Senatorin die Möglichkeit geben und ihr das Wort erteilen. – Bitte sehr!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich freue mich auch über den Antrag und die Anhörung dazu. Das erinnert mich ein bisschen an die bundespolitische Diskussion zur Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Tampons, Tamponsteuer absenken, was wir auch im Finanzausschuss behandelt und diskutiert hatten. Ich freue mich, dass wir hier auch über Periodenarmut sprechen, ein wichtiges Thema, das erst seit einigen Jahren stärker im öffentlichen Bewusstsein ist. Die Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsartikeln wird aus gleichstellungspolitischer Sicht befürwortet. Das Ziel ist natürlich, hier insbesondere Frauen zu unterstützen, die mit geringem Einkommen, aber auch in Armut lebend nicht die Möglichkeiten haben, sich diese Produkte ausreichend zu besorgen. Deshalb ist es ein wichtiges Anliegen.

Es ist auch richtig – Frau Haas-Krahé ist ja auch hier –, dass es hier in Berlin verschiedene Modellprojekte auf bezirklicher Ebene gibt, die seit 2022 umgesetzt werden. Besonders hervorzuheben ist hier der Bezirk Lichtenberg, der aufgrund des Erfolgs der Maßnahmen Mittel zur Fortführung in den Haushaltsplan aufgenommen hat. Der Senat stellt im Rahmen des ISP, des Integrierten Sozialprogramms, die Abgabe von kostenlosen Menstruationsprodukten in den entsprechenden Notübernachtungen sicher – das will ich hier auch noch mal betonen –, aber auch in Justizvollzugsanstalten und stationären Jugendeinrichtungen können kostenlose Periodenartikel genutzt werden. – Ich freue mich auf die Anhörung und den Austausch darüber. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann starten wir mit der Anhörung. Jetzt sind Sie dran, liebe Anzuhörende. Es wurde ja vorher mit Ihnen abgestimmt: Gut fünf Minuten haben Sie Zeit, dann kommt die Fragerunde der Ausschussmitglieder, und im Anschluss haben Sie dann noch die Möglichkeit und die Gelegenheit, die Fragen zu beantworten. Wir haben uns darauf verständigt, dass Frau Haas-Krahé beginnt. – Sie haben das Wort. Bitte sehr!

Annabel Haas-Krahé (Initiative „Faire Periode Lichtenberg“): Sehr geehrte Senatorin! Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Anwesende! Vielen herzlichen Dank für die Einladung hier in diesen Ausschuss und für die Möglichkeit, zum einen die Initiative vorzustellen, aber zum anderen auch einen kurzen Einblick nach Lichtenberg zu geben, wo wir schon vor einer Weile versucht haben, kostenfreie Periodenartikel zur Verfügung zu stellen. Mein Name ist Annabel Haas-Krahé. Ich habe die Initiative 2021 gegründet. Eigentlich war mir das vorher nie so klar, dass in einem Sozialstaat, auch in Deutschland, dieses Thema Periodenarmut so relevant ist und dass es auch hier eben Frauen gibt oder menstruierende Menschen, die sich Periodenartikel nicht leisten können. Denn wenn man sich die Zahlen anschaut: Im mittlerweile Bürgergeld gibt es einen Satz von ungefähr 21 Euro für Gesundheits- und Pflegeartikel pro Monat. Wenn man sich dann überlegt, die Tamponsteuer ist zwar abgeschafft worden, aber die Artikel sind immer noch sehr teuer – nicht jede Frau blutet gleich, das heißt, eine Frau braucht vielleicht drei Packungen Binden und die nächste kommt vielleicht mit einer halben Packung Tampons aus –, ist es unbedingt nötig anzuerkennen, dass dieser Regelsatz nicht ausreichend ist, denn Zahnpasta, Duschgel, Toilettenpapier usw. müssen ja auch noch angeschafft werden.

Interessant ist, finde ich, auch der Aspekt, dass es eigentlich auch Frauen betrifft, die nicht von Armut betroffen sind, denn auch sie sind zum Beispiel in der Schule oder im Studium oder wo auch immer unterwegs und haben plötzlich ihre Menstruation, haben aber vielleicht ihre Artikel nicht zur Hand. Da ist es einfach auch sehr fair und angenehm, wenn man weiß: Ich bin entspannter und kann mal schnell auf die Toilette gehen, denn ich weiß, dort gibt es ja

diese Artikel. – Das zeigt auch eine Studie in Schottland. In Schottland wurde schon 2018 ein Gesetz verabschiedet, dass dort Periodenartikel gratis zur Verfügung stehen sollen. Dort ist eben eine Studie durchgeführt worden, und darin sagten acht von zehn Studierenden, dass die Verfügbarkeit freier Periodenartikel positive Auswirkungen auf sie habe. Ein Viertel der Befragten gab zum Beispiel an, dass die mentale Gesundheit sich durch die Verfügbarkeit freier Artikel verbessert habe.

Ich bin auch gebeten worden, hier in dem Ausschuss darzustellen, wie das in Lichtenberg ablief, was so eine Art Best-Practice-Beispiele waren oder sind. Wir haben, wie gesagt, 2021 einen Antrag gestellt, der ist dann auch mehrheitlich positiv abgestimmt worden. Es gab dann erst mal zwölf Periodenspender, die in einem Pilotprojekt in öffentlichen Einrichtungen und Einrichtungen für Jugend, Freizeit und Familien zur Verfügung gestellt wurden. Dort haben wir als Initiative dann auch eine kleine Evaluation umgesetzt, und uns wurde ein sehr positiver Rücklauf berichtet. Außerdem gab es auch einen großen Zuspruch von der Presse. Es gab einige Artikel, die finden Sie auch immer noch, über uns im Internet und in den Zeitungen.

Im November des Jahres wurde dann ein Antrag auf Ausweitung des Projekts auf ganz Lichtenberg gestellt. Dann kam die Wiederholungswahl. Im Zuge der Wiederholungswahl haben sich dann leider die Zuständigkeiten im Bezirk verändert, und es war dann so, dass wir zum Beispiel die Verstärkungsmittel, die uns als Initiative zugesprochen wurden, erst mal wieder finden mussten, sage ich mal. Als wir die dann hatten, konnten wir davon aber viele Automaten kaufen, und jetzt sind eigentlich weitestgehend alle Jugendfreizeiteinrichtungen mit Periodenartikelspendern ausgestattet.

Wir haben jetzt Anfang des Jahres auch eine Abfrage gemacht, und es sind jetzt auch Automaten angeschafft worden, um die weiterführenden Schulen auszustatten, und wir hatten jetzt auch ein besseres Hand-in-Hand-Arbeiten innerhalb des Bezirks. Leider war gleichzeitig die Gleichstellungsbeauftragte, die für uns eine Schnittstelle zwischen der Initiative und dem Amt war, sehr lange erkrankt. Nun haben wir aber eine Vertretung bekommen, und die unterstützt uns sehr tatkräftig, um dieses Anliegen weiterhin voranzubringen. Auch unsere Initiative hat sich aufgelöst. Ich bin jetzt eigentlich die letzte Überbleibende, die dieses Anliegen noch verfolgt. Das ist eigentlich auch diesem Wirrwarr nach der Wiederholungswahl geschuldet, dass wir uns aufgelöst haben.

Eine weitere Herausforderung ist es, auch für die freien Träger, die nicht in bezirklicher Finanzierung sind, die Gelder für die regelmäßige Bestückung der Einrichtungen aufzubringen. Überhaupt ist eigentlich immer noch die größte Frage: Wie kann die Nachbestückung der Automaten in den öffentlichen Einrichtungen verstetigt werden? – Momentan ist das Facility-Management dafür zuständig, es sind aber auch die Schulen dafür zuständig, und das scheint jetzt mittlerweile ganz gut anzulaufen.

Wir haben den Wunsch, dass das berlinweit übernommen wird. Wir würden uns darüber sehr freuen, denn am Ende ist es eigentlich eine gerechtere Verteilung. Die Gelder bleiben nicht bei einem Bezirk, sondern in allen Bezirken gäbe es frei verfügbare Artikel. Es wäre für uns auch ein Wunsch, dass die Grundschulen und die weiterführenden Schulen bestückt sein sollten, aber es sollten auch öffentliche Gebäude bedacht werden, denn es gibt ja auch einen großen Teil von Frauen, die obdachlos oder wohnungslos sind und die eben auch einen Zugriff darauf haben sollten. – So viel zu meinem Input.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank für Ihre Worte und Hinweise! – Dann hat jetzt Frau Maretzki das Wort.

Annika Maretzki (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V.): Vielen Dank! – Wir haben es ja eben schon gehört: Periodenarmut trifft wohnungslose Frauen als extrem armutsbetroffene Frauen noch mal besonders stark. Daher bedanke ich mich noch mal explizit für die Einladung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe zu dieser Anhörung heute. Die BAG W ist der bundesweite Dachverband der Einrichtungen und Dienste der Wohnungsnotfallhilfe, dementsprechend wird mein Statement auch eher einen bundesweiten Blick haben.



Zur kurzen Einordnung, dachte ich, spreche ich mal kurz über die Lebenssituation wohnungsloser Frauen – natürlich auch Menschen, die menstruieren; ich rede jetzt im Allgemeinen aber eher von Frauen. Zur Einordnung ein paar Daten: Laut BAG-W-Hochrechnung waren im Verlauf des Jahres 2022 mehr als 600 000 Menschen wohnungslos. Davon lebten circa 50 000 Menschen ganz ohne Unterkunft auf der Straße, waren also obdachlos. Rund ein Drittel – und diese Zahl ist relativ konstant –, also rund 185 000 wohnungslose Menschen sind weiblich, und rund 30 Prozent der Menschen verfügen zu Beginn der Hilfe laut BAG-W-Daten – Dokumentationssystem zur Wohnungslosigkeit nennt sich das – über keinerlei Einkommen. Bei obdachlosen Menschen ist dieser Anteil noch mal höher.

Obdachlose Frauen sind gesundheitlich hoch belastet; Stichwörter sind psychische Erkrankungen, Suchterkrankungen, chronische Erkrankungen, Mehrfacherkrankungen. Gleichzeitig ist der Zugang zur medizinischen Regelversorgung aufgrund von fehlendem oder eingeschränktem Krankenversicherungsschutz, Beitragsschulden und auch Scham häufig schwierig.

Was charakterisiert die Menstruationsgesundheit wohnungsloser Frauen? – Wohnungslose Frauen können sich selbst häufig keine Menstruationsartikel leisten und greifen stattdessen zu Zeitungen, Taschentüchern, Toilettenpapier oder Socken. Selbst wenn Tampons und Binden benutzt werden, werden sie teilweise zu lange benutzt, und auch dort bilden sich Keime und Bakterien. Beides führt zu Pilzen und Bakterien und zu Infektionen. Somit stellt die Menstruation ein gesundheitliches Risiko für wohnungs- und obdachlose Frauen dar. Auch zeigt sich, dass bei einem Teil der obdachlosen Frauen die Periode infolge von Suchterkrankungen, Mangelernährung, Untergewicht und Schlafmangel häufig ausbleibt, nur noch unregelmäßig auftritt oder auch nur noch ganz leicht. Der Körper regelt dieses „Problem“ leider manchmal von alleine.

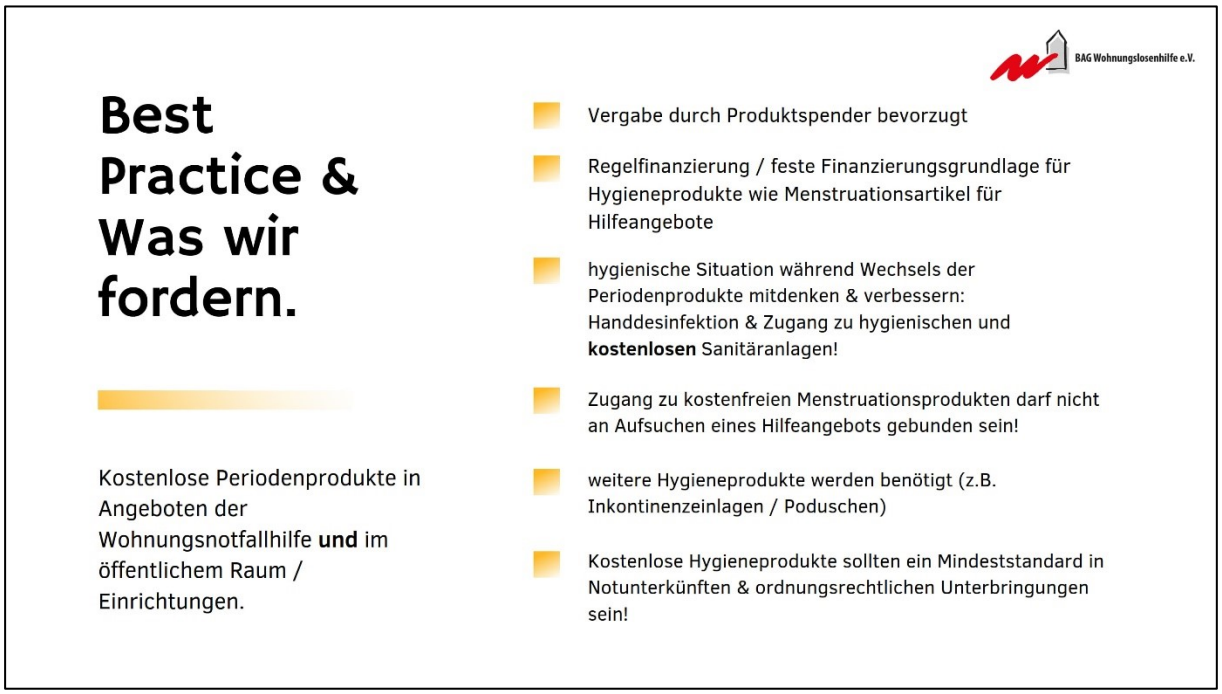
Wie gelangen wohnungslose Frauen nun in Deutschland an Menstruationsprodukte? Was sind die Erfahrungen? – Viele wohnungslose Frauen, die in Einrichtungen und Unterkünften untergebracht sind, müssen sich ihre Periodenprodukte sowie andere Hygieneprodukte meistens selbst kaufen. Dies stellt laut Aussage der Fachkräfte durchaus eine Belastung finanzieller Art dar. Eine bundesweite Abfrage, die ich bei Kolleginnen gemacht habe – die natürlich nicht repräsentativ ist, das will ich auch sagen –, zeigt, dass viele, insbesondere frauenspezifische Angebote, also Tagestreffs, medizinische Angebote, Straßenambulanzen, Notübernachtungen, Beratungsstellen, den Frauen bereits Periodenprodukte und auch andere Hygieneartikel zur Verfügung stellen. Da ist auch explizit gesagt worden, dass Binden eindeutig bevorzugt werden vor Tampons. Was auch eine gute Praxis ist, davon habe ich ein Bild mitgebracht: Das ist ein klassischer Periodenspender, den es jetzt in Einrichtungen sogar schon relativ häufig gibt. Das ist eine gute Praxis, weil damit ja gleichzeitig ein Zugang zu Wasser und zu Seife gewährleistet ist und die Frauen sich auch ihre Hände waschen können.

In anderen Regionen, das will ich aber auch noch mal sagen, können Menstruationsprodukte infolge fehlender finanzieller Mittel nur auf Anfrage, also nach Frage der Frauen an die Sozialarbeitenden, bereitgestellt werden. Was da zu erkennen ist, ist, dass es eine Scham gibt, danach zu fragen, vor allem auch männliche Sozialarbeiter danach zu fragen, und daher ist die Nachfrage dort in der Regel gering. Unklar ist uns auch, wie die Situation in ordnungsrechtlichen Unterbringungen – hier in Berlin nennen Sie es ASOG-Unterbringung – ist. Noch unklarer ist die Situation in gemischtgeschlechtlichen Angeboten.

Wie werden die Menstruationsprodukte finanziert? – Überwiegend durch Sach- und Geldspenden, sodass keine konstante Versorgung gewährleistet werden kann. Es gibt auch schon gute Praxis. Es wurde ja eben schon das Zurverfügungstellen von Menstruationsprodukten in Notübernachtungen hier in Berlin erwähnt. Auch die Stadt Hannover hat Einrichtungen Geld zur Verfügung gestellt, ungefähr 500 Euro, wovon sie Menstruationsprodukte kaufen konnten. Dies lief wohl auch relativ unbürokratisch.

Zum Schluss: Was wir fordern. – Die Situation der Frauen in Wohnungsnotfallsituationen ist vielfältig, deshalb braucht es unserer Ansicht nach auch einen mehrdimensionalen Ansatz. Zum einen sollte die Vergabe in Einrichtungen und Diensten durch die Produktspender erfolgen. Hierfür braucht es eine Regelfinanzierung, eine feste Finanzierungsgrundlage, um dem zeitweiligen Mangel an bestimmten Hygieneprodukten zu begegnen. Wenn keine Regelfinanzierung möglich ist, dann sind Geld- vor Sachspenden zu bevorzugen. Die Einrichtungen und Dienste bzw. die Sozialarbeitenden wissen meistens am besten, welche Periodenprodukte oder auch andere Hygieneartikel tatsächlich nachgefragt werden. Eine Kollegin hat mir auch

berichtet, dass so etwas wie Drogeriegutscheine auch sinnvoll zu sein scheinen, denn Frauen, und auch wohnungslose Frauen, haben natürlich Präferenzen, was die Menstruationsprodukte angeht, und auch bestimmte Allergien.



Aber, und das will ich auch noch mal mit Blick auf die Initiative „Faire Periode Lichtenberg“ sagen: Der Zugang zu kostenfreien Menstruationsprodukten für wohnungslose Frauen sollte nicht an das Aufsuchen eines Hilfeangebots gebunden sein. Daher braucht es zusätzliche Angebote in öffentlichen Räumen und auch in öffentlichen Einrichtungen. Was dort sehr wichtig ist, ist, dass auch ein Zugang zu Toiletten, zu sanitären Anlagen möglich ist. Das ist eine wichtige Forderung auch von den Fachkolleginnen gewesen: Es sollte immer auch die hygienische Versorgung während des Wechsels der Produkte mitgedacht werden. Nicht alle Angebote, zum Beispiel Notschlafstellen oder Tagestreffs, gerade im niedrigschwelligen Bereich, sind 24/7 geöffnet. Deswegen braucht es natürlich die Gewährleistung eines 24/7-Zugangs zu hygienischen Sanitäranlagen, das heißt, saubere, kostenlose öffentliche Toiletten. Außerdem wäre eine Möglichkeit, parallel zu Menstruationsprodukten Handdesinfektion oder Poduschen zu vergeben.

Das führt zu einem weiteren Punkt: Weitere Hygieneprodukte, gerade Inkontinenzeinlagen – infolge von mehrfachem Missbrauch – sowie Poduschen sind in der Praxis stark nachgefragt. Die Diskussion sollte also nicht allein auf Menstruationsprodukte verkürzt werden. Kostenlose Hygieneprodukte wie Periodenprodukte sollten zudem ein Mindeststandard in ordnungsrechtlichen Unterbringungen sein.

Abschließend möchte ich noch mal sagen: Was braucht es noch, genereller? – Es braucht natürlich geschlechtssensible Gesundheitsangebote, es braucht eine gynäkologische Sprechstunde für wohnungslose Frauen. Ich habe ja erwähnt, dass sie durchaus sehr starke gynäkologische Erkrankungen infolge von fehlerhafter oder unzureichender Versorgung mit Menstruationsprodukten haben. Und es braucht in der Wohnungsnotfallhilfe flächendeckend frauenspe-

zifische Angebote. Dort kommen die Frauen an. Nicht zuletzt braucht es natürlich bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraum, denn dort sind Bäder und häufig auch Toiletten verfügbar. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Maretzki, für Ihre Hinweise! – Jetzt sind wir in der Aussprache, und ich habe schon die erste Wortmeldung von Frau Schmidt von den Linken. – Sie haben das Wort.

Ines Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Erst mal die erste Frage an den Senat: Welches Fazit zieht die Senatsverwaltung aus dem Pilotprojekt in Lichtenberg? Werden Sie sich in den nächsten Haushaltsverhandlungen dafür einsetzen, dieses beizubehalten bzw. sogar berlinweit auszuweiten? Und: Haben Sie schon eine Vorstellung, was es im Haushalt kosten könnte? Die zweite Frage: Sind in den ASOG-Unterkünften Periodenspender vorhanden?

Dann habe ich noch eine Frage an Frau Haas-Krahé. Ich bin in der Tafel gewesen. Wir haben dieses Jahr zum ersten Mal in meiner Tafel in Lichtenberg den Frauentag gefeiert. 2016 habe ich in der Tafel mit drei Frauen gesprochen. Am Frauentag – und da sind nicht mal alle gekommen – habe ich mit 45 Frauen zusammengesessen, die draußen unterwegs sind. Wahnsinn, was hier in Berlin passiert! Und die haben ein großes Problem mit den ganzen Hygieneartikeln für die Menstruation, auch wenn die in öffentlichen Gebäuden vorhanden sind, in der Bibliothek, aber die ist am Freitagnachmittag geschlossen. Also wo holen sie am Sonnabend und Sonntag ihre Binden her, und wo können sie die am Sonnabend und Sonntag entsorgen? – Ich habe noch Fragen, die darüber hinausgehen, aber es war mein Anliegen, diese Anhörung vor allem in Richtung obdachlose Frauen zu lenken: Wie können wir da noch mal helfen?

Meine zweite Frage: Haben Sie Anfragen aus anderen Bezirken oder öffentlichen Einrichtungen bekommen, die das Projekt richtig und unterstützenswert finden? – Dann: Wurde mit den Produkten Missbrauch betrieben, zum Beispiel in Schulen, oder die Toiletten verunreinigt? Sind da Leute unterwegs gewesen, die dieses Projekt einfach mit Zerstörungswut bedacht haben? – Und, wie gesagt, mit den öffentlichen Gebäuden: Was können wir am Sonnabend und am Sonntag für die obdachlosen Frauen machen? Haben Sie da schon Ideen, wo man was umsetzen könnte? – Danke schön!

Ülker Radziwill (SPD): Frau Niemczyk, Sie haben das Wort.

Aldona Maria Niemczyk (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen herzlichen Dank an Sie beide, Frau Haas-Krahé und Frau Maretzki, für Ihre wertvollen Berichte! Ich habe in Richtung meiner Vorrednerin Frau Schmidt die Frage: Wie kommen die Menstruationsprodukte an die Frauen? –, denn ich stelle mir wirklich vor, ich habe Bilder vor Augen von obdachlosen Frauen unter den Brücken – die kommen einfach aus verschiedenen Gründen nicht an diese Sammelstellen, Vergabestellen und welche Zentren wir sonst in Berlin haben, aber sie brauchen das. Sie entbinden Kinder unter den Brücken. Das stelle ich mir wirklich sehr – nein, das stelle ich mir gar nicht vor. Da habe ich wirklich gar keine Vorstellung, wie das Produkt wirklich an die Frauen kommt. Ich kann mir gut vorstellen, dass Streetworker oder sonstige Menschen, die in Berlin ganz engagiert sind, einfach nicht in dieser Zahl vorhanden sind, dass sie das verteilen können. Vielleicht machen wir uns Gedanken, wie wir diesem Elend irgendwie entgegenwirken.

Ich wollte noch etwas zu dem sagen, was Sie uns so bildhaft vor Augen geführt haben, welche Ersatzmittel die Frauen während ihrer Menstruation benutzen. Das ist ganz furchtbar. Ich habe ja meine Jugend in Polen verbracht. Es ist wirklich ganz furchtbar, wenn man wirklich in Not ist und keine Binde hat. Das war ein Luxusprodukt. Ich musste mich am Supermarkt anstellen, um ganz normale Watte zu bekommen. Das war schon Luxus. Also von daher: Dass so etwas in unseren Zeiten passiert, dass die Frauen mit solchen grundlegenden Problemen zu kämpfen haben, ist einfach unvorstellbar und wirklich elendig. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Dr. Haghanipour, Sie haben das Wort.

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden für Ihren Input! Ich würde gerne wissen: Welche Artikel werden angeboten? Frau Haas-Krahé hat schon berichtet, Tampons und Binden, und Binden sind besonders nachgefragt. Ich würde auch gerne Frau Maretzki dazu fragen: Gibt es Unterschiede bei der Nachfrage? Gibt es bei der Produktauswahl auch das Kriterium der Umweltfreundlichkeit für die angebotenen Produkte? Kann es das geben? Haben Sie eine Hausnummer für uns, wie viel ein Spender im Jahr ungefähr kosten würde, also einmal die Anschaffung des Automaten und dann die regelmäßige Befüllung des Spenders? Wie sieht es mit Vandalismus aus? Das ist ja immer eine Befürchtung von vielen, dass die Spender dann irgendwie von Vandalismus betroffen werden. Werden die Spender regelmäßig leergeräumt? Ist das eine Befürchtung, die sich oft erfüllt hat oder eher weniger?

Dann an die Senatorin eine Frage. Ich war mal bei einer Veranstaltung im Justizdienstgebäude und war dort auf Toilette und habe dort tatsächlich einen Periodenspender gesehen. Werden Sie in Ihren Dienstgebäuden auch Periodenautomaten aufstellen, und werden Sie auf eine berlinweite Lösung für das Problem hinwirken? Wir haben ja auch schon Stadtstaaten wie Bremen, die uns da weiter voraus sind. Wie stehen der Senat und die Senatorin dazu?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Golm, Sie haben das Wort.

Mirjam Golm (SPD): Auch von mir vielen Dank für die Anhörung, sehr interessant! Was ich ganz besonders interessant fand: dass Sie auf Inkontinenzeinlagen hingewiesen haben, denn wir sehen das Leben der Frauen doch immer nur in einem bestimmten Zeitraum. Wir haben auch viele ältere Frauen, die auf der Straße leben, da ist Inkontinenz ein großes Thema. Ich finde das ganz toll, das müssen wir auf jeden Fall mitdenken, weil wir das nicht immer so verengen können.

Wir hatten ja das Problem, dass es nicht 24 Stunden zur Verfügung steht. Mich würde interessieren: Wo würden Sie denn präferieren, wo Automaten stehen sollen? Wo ist es eine günstige Gelegenheit gerade auch für Frauen, die dort ihren Zugang finden? – Ich finde die Idee mit den Gutscheinen sehr gut, denn das ist auch ein bisschen Würde, dass man sich das alleine besorgen kann.

In den Schulen hätte ich die Nachfrage: Wir haben ja diese Baby-Welcome-Bags. Wäre es nicht vielleicht auch gut, dass man ein monatliches „Hallo-Periode-Bag“ oder so verteilen würde? Das würde auch alle ein bisschen gleicher machen. Wäre das überhaupt ein Ansatz, oder würde man da gleich sagen: Nein, das machen wir nicht –, oder auch die Möglichkeit,

dass man sich einfach ganz selbstverständlich Periodenartikel irgendwo abholen kann, gerade für wohnungslose Frauen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Auricht, Sie haben das Wort. Bitte!

Jeannette Auricht (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn man so wie wir alle hier so ein ganz normales Leben lebt, dann macht man sich manchmal gar keine Gedanken über Notsituationen von Frauen. Mir ging es genauso, dass ich dachte: Ist das ein Problem? – Für uns alle wahrscheinlich nicht, deshalb vielen Dank, dass Sie auf das Problem mal aufmerksam gemacht haben!

Was mich jetzt auch interessiert, was ja viele meiner Vorrednerinnen schon gesagt haben: Was wären die präferierten Orte, wo sollen die Automaten stehen? Wo soll die Abgabe der entsprechenden Artikel erfolgen? Ich gehe natürlich absolut mit: in Obdachlosenunterkünften, Schulen, Jugendeinrichtungen. Das ist für mich eigentlich gar keine Frage, das wäre für mich schon fast eine Selbstverständlichkeit.

Die Kosten würden mich natürlich auch interessieren. Der Bedarf, die Wartung, die Bestückung – das ist wahrscheinlich eher eine Frage an den Senat: Was wird da geschätzt, was an Kosten auf Berlin zukommt? – Natürlich müssen auch Inkontinenzartikel irgendwie berücksichtigt werden, das ist auch ein Problem.

Und dann möchte ich mir einen kleinen Nebensatz gestatten. Sie haben gesagt, Frauen, die nicht in finanziellen Schwierigkeiten sind, die in der Stadt sind und jetzt überrascht werden. Ich glaube, das haben wir alle schon mal erlebt. Da würde ich sagen, da dürfen wir aber auch die Eigenverantwortung von Frauen nicht wegnehmen. Klar, dann geht man eben in eine Drogerie, wenn man sich das leisten kann. Es ist natürlich auch schön, wenn man vielleicht mal schnell in irgendeine Einrichtung huschen kann, um sich dort etwas zu besorgen, aber so ganz aus der Eigenverantwortung sollte man die dann auch nicht lassen. Bei Frauen, die in Notsituationen sind, Geflüchtete, Obdachlose – darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Das ist absolut korrekt, darüber müssen wir reden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: So, liebe Anzuhörende, jetzt haben Sie ein Bündel an Fragen bekommen. Die Fragerunde der Abgeordneten ist durch, und Sie haben jetzt die Möglichkeit zu antworten. Wer möchte starten? – Frau Haas-Krahé, dann starten Sie bitte! Sie haben das Wort.

Annabel Haas-Krahé (Initiative „Faire Periode Lichtenberg“): Es waren sehr viele Fragen, ich versuche mal, der Reihe nach zu gehen. – Frau Schmidt hatte angefangen. Ich denke, es wäre sinnvoll, wenn man sich auch an die Einrichtungen wendet, die am Wochenende geöffnet sind, wie zum Beispiel Museen, oder vielleicht sollte man auch darüber nachdenken, zum Beispiel mit privaten Läden oder Spätis in eine Kooperation zu gehen. Dort könnte man auch Artikel hinterlegen. Es gibt ja auch diese öffentlichen Toiletten, diese WC-Automaten – wie heißen die denn, diese kleinen Container, die in den Parks und so stehen? Es wäre natürlich auch sinnvoll, die dort zu hinterlegen. Man könnte zum Beispiel auch mit der Deutschen Bahn sprechen, denn soweit ich weiß, gehören der ja die Bahnhöfe, und häufig findet man Frauen, die wohnungslos sind, zum Beispiel am Bahnhof Lichtenberg. Das wäre dort sicherlich auch gut angebracht.

Bislang ist uns kein Fall von Vandalismus entgegengebracht worden. Wir müssen natürlich fairerweise sagen: Wir haben in den Schulen noch keinerlei Erfahrungswerte sammeln können, weil sich das eben aufgrund dieser Wiederholungswahl – das hatte ich ja eben angesprochen – alles verzögert hatte, und somit ist das ja auch jetzt erst angegangen worden. Aus dieser Studie aus Schottland, die ich gelesen habe, geht aber hervor, dass auch dort kein Vandalismus vorgefallen ist und dass das auch damit begründet wird, dass die Schülerschaft dort mit einbezogen wurde und ihr auch Aufgaben zuteilwurden, diese Spender neu zu bestücken und so. Und wenn man ihr Verantwortung gibt, dann geht sie scheinbar auch achtsamer mit den Automaten um.

Das wäre dann auch eine Antwort auf die Frage, die Frau Golm gestellt hat, ob ich es für sinnvoll halte, solche „Hello-Periode-Bags“ oder ich weiß nicht, wie Sie es genannt haben, zur Verfügung zu stellen. Ich würde sagen Nein, denn was wir auch mit der Initiative erreichen wollten, ist ja ein Abbau des Tabuthemas und ein Weg hin zu mehr Normalität und Selbstverständlichkeit. Mal salopp gesagt: Man bekommt ja auch nicht eine Welcome-Tüte mit WC-Papier in die Hand, sondern ich finde, es sollte einfach normaler sein, und es sollte in den Toilettenräumen einfach so ein Spender zur Verfügung stehen, und damit hat sich das.

Dann wieder zurück zu Frau Schmidt: Wir haben aus den anderen Bezirken sehr viele Anfragen bekommen, sowohl danach, ob wir denen einen Spender abgeben könnten, als auch zu: Wie war euer Weg dorthin? Wie habt ihr das gemacht, wen habt ihr angesprochen? – usw. Ich weiß allerdings auch von anderen Bezirken, zum Beispiel Pankow, dass dort auch schon die Schulen ausgestattet worden sind. Also Lichtenberg ist jetzt Gott sei Dank nicht der einzige Bezirk, sondern einer, der auch die anderen Einrichtungen ausgestattet hat.

Das beantwortet, glaube ich, auch ein bisschen die Frage von Frau Niemczyk, dass man eben auch den Umkreis um die öffentlichen Gebäude mit bedenkt und vielleicht auch Privatanbieter, wie gesagt, mit einbindet oder die Deutsche Bahn usw.

Frau Dr. Haghanipour hatte gefragt, welche Artikel wir bisher genommen haben. Wir haben uns ehrlicherweise nicht an Umweltkriterien orientiert, sondern an der Wirtschaftlichkeit und einfach die günstigsten Artikel genommen. Das sind diese Standard-DM-Produkte, die es in jeder Drogerie gibt. Wir haben auch diese Spender, die Frau Maretzki gezeigt hatte, von Periodically. Das sind wohl die, die bislang am günstigsten sind. Ich glaube, einer kostet um 139 Euro, plus/minus. Das Blöde ist – das sage ich jetzt noch mal; ich wiederhole mich, aber diese Wiederholungswahl hat so viel durcheinandergebracht , dass wir es bislang noch nicht schaffen konnten, die Nachbestückung zu evaluieren. Es fehlt uns also leider noch an diesen Erfahrungswerten, wie viele Tampons oder Binden wir denn da eigentlich so verteilen.

Eine Frage war, glaube ich, noch, was eher gebraucht wird. Ich glaube, das hängt auch von dem Standort ab. Es gibt zum Beispiel Einrichtungen, bei denen hauptsächlich die Binden gebraucht wurden, weil diese viele ältere Frauen besuchen und die eben aufgrund von Inkontinenz auch ganz dankbar sind, so eine Einlage zu bekommen, und auch zum Teil Frauen mit Migrationshintergrund eher auf die Binden zurückgreifen. Ich glaube, das waren die Fragen. – Vielleicht möchtest du ergänzen?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank! – Dann haben Sie das Wort, Frau Maretzki, in der Antwortrunde.

Annika Maretzki (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V.): Erst mal vielen Dank für die Fragen! – Ich habe mir ein bisschen mitgeschrieben und gehe auch mal durch. – Wie sollten man obdachlose Frauen mit Menstruationsartikeln versorgen? – Ich glaube, das hatte ich ja schon dargelegt, es braucht einen mehrdimensionalen Ansatz. Klar muss aber auch sein: Wenn wir über obdachlose Frauen reden, dann heißt das nicht, dass die Frauen nie in den Hilfen ankommen. Wir haben ja ein umfassendes Hilfesystem, was Tagestreffs, Streetwork, Notübernachtung und Notschlafstellen angeht, und es ist ja auch nicht immer so, dass eine Frau, wenn sie obdachlos ist, nie irgendwo übernachtet. Das will ich ganz klar sagen: Das ist ja nicht ein Status, den man hat, sondern ein Status, den man dauernd wechselt, ob man jetzt obdachlos ist oder wohnungslos.

Was ich sehr wichtig finde, und das haben Sie ja auch noch mal gesagt: Ich denke, auch Streetwork kann ein wichtiges Element sein. Auch Kältehilfen und Sommerhilfen sind die Angebote, wo die Menschen wirklich ankommen.

Was bei Frauen und Wohnungslosigkeit eine Besonderheit ist, ist, dass wir erkennen, dass Frauen weniger häufig als Männer ganz ohne Unterkunft auf der Straße leben, sondern häufig vorübergehend bei Bekannten und Freunden. Das geht aber ganz häufig mit gewaltgeprägten Abhängigkeitsverhältnissen einher. Diese Frauen gilt es auch zu erreichen, deswegen auch da eine Doppelstrategie: Ich denke, es braucht Hilfen in der Nähe der Einrichtung, in den Einrichtungen, in der Streetwork, aber es braucht auch Angebote im öffentlichen Raum, denn diese Frauen meiden die Angebote, die es aktuell gibt, aufgrund von Scham. Sie wollen nicht als wohnungslos etikettiert werden. Gerade gemischtgeschlechtliche Angebote haben immer den Konflikt, dass Frauen diese nicht sehr gerne aufsuchen, weil sie Angst vor Gewalt und Übergriffen haben. Das zu dem einen.

Außerdem: Wie erreicht man diese obdachlosen Frauen auch? – Ich glaube, ganz viel ist auch Information und Aufklärung, also man muss auch erst mal bekannt machen. Wenn so ein Angebot einfach flächendeckender da ist, dann erreicht man auch diese Frauen und dann nehmen die das auch wahr. Ich denke, da sollte auch noch einiges reingehen, also dass man wirklich mehrsprachige Information und Aufklärung macht – wenn man natürlich auch ein flächendeckendes Angebot hat; das vielleicht als Einschränkung.

Ich fand auch noch mal Ihren Hinweis der Ersatzprodukte sehr wichtig. Kollegen aus Hamburg, die einen Duschbus haben, sagen immer: Waschen ist Würde –, und ich würde sagen, Periodenprodukte sind auch Würde. Und vor allem ist es auch ein Gesundheitsrisiko. Das darf man nicht unterschätzen. Wenn man Periodenprodukte und andere Hygieneartikel flächendeckender oder mehr bereitstellen würde, dann wäre das auch ein Beitrag zur Gesundheitsförderung dieser Frauen.

Ansonsten: Welche Artikel werden nachgefragt? – Da waren die Kolleginnen bei obdach- und wohnungslosen Frauen sehr eindeutig: Es sind Binden, Tampons werden kaum nachgefragt. Was auch nicht nachgefragt wird, was aber doch diese sozialen Unternehmerinnen ganz häufig im Kopf haben, sind Menstruationstassen; denn das ist ja nachhaltig und so. Aber ich glaube, da muss man schon auch mal sagen: Die hygienische Versorgung und die Sanitäran-

lagen machen es eigentlich nicht möglich, erstens dass man die Menstruationstasse immer hygienisch reinigt, und man muss sie ja dann auch nach einer Zeit abkochen, und ich glaube, allein das ist eine Hürde. Deswegen: Binden scheinen das Thema zu sein.

Zu der Frage, ob Spendenboxen leergeräumt werden: Das fand ich ganz spannend, denn ich glaube, die Sorge existiert ja, auch weil man in der Notversorgung ist und meistens vor Ort zu wenig Angebot an Menstruationsprodukten hat, aber die, die diese Spendenboxen haben, berichten das gar nicht. Die sagen, die Spendenbox wird nicht so – – da müssen sie zwar regelmäßig etwas Neues machen, aber das ist jetzt nicht so, dass die sich ganz ausstatten. Was ich eher spannend finde bei der Nachfrage, gerade bei Duschangeboten und in medizinischen Einrichtungen: dass man es den Frauen teilweise eher aufdrängen muss, dass sie mal mehr mitnehmen sollen. Das können wir uns auch nicht ganz erklären.

Zu den Inkontinenzeinlagen: Das ist für mich ein wichtiger Punkt, und das beschäftigt auch nicht nur ältere Frauen, sondern es sind leider – und das haben die Kolleginnen, auch eine Fachkraft aus dem medizinischen Bereich aus Frankfurt mir noch mal eindrücklich erzählt – auch jüngere Frauen. Inkontinenz ist nicht immer nur eine körperliche Sache, sondern das hat ja auch etwas mit traumatischen Erfahrungen, mit vermehrten Missbrauchserfahrungen, mit Geburten zu tun. Deswegen: Es ist nicht nur ein Thema von älteren Frauen. Ansonsten wäre mir da auch wichtig zu betonen: Wir müssen auch über Desinfektion nachdenken. Wie gesagt, das ist ein wesentlicher Punkt bei der Versorgung von obdachlosen Frauen, gerade wenn jetzt keine Toilette oder keine hygienische Toilette oder keine abschließbare Toilette zur Verfügung steht.

Wo sollten am besten die Automaten für obdachlose Frauen stehen? – Ich glaube, auch dort einen mehrdimensionalen Ansatz zu wählen, ist wichtig. Ich habe ja schon gesagt, für uns ist es sehr wichtig, dass Produktspender in den Einrichtungen und Diensten finanziert werden können, weil dort auch die Frauen auftauchen, gerade bei frauenspezifischen Angeboten. Ich könnte mir vorstellen, dass auch gerade die öffentlichen WCs eine gute Anlaufstelle wären, wobei man da schon sagen muss, dass diese WCs ganz häufig den wohnungslosen Frauen nicht zugänglich sind, weil ganz viele ja erstens nicht kostenfrei sind und zweitens mit einem Bankkonto verbunden sind, weil man eine Karte nutzen muss. Ich glaube, das ist in der Praxis ein Problem. Und auch dort ist wichtig: Ich glaube, wenn man ein flächendeckendes Angebot hat und darüber aufklärt, dann wird das auch die obdachlosen Frauen erreichen.

Was ich auch noch mal sagen möchte: An sich wäre natürlich unser Ziel auch als BAG W, aus dieser Nicht-24/7-Versorgung herauszukommen. Wir wünschen uns natürlich oder denken auch, das gehört zu einem Mindeststandard von ordnungsrechtlichen Unterbringungen dazu, dass es 24/7-Angebote gibt, also dass man die Frauen gar nicht erst morgens rausschicken muss usw. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Maretzki! – Frau Haas-Krahé hatte noch mal um das Wort gebeten. – Bitte!

Annabel Haas-Krahé (Initiative „Faire Periode Lichtenberg“): Genau, eine kurze Ergänzung. Ich wollte noch gerne klarstellen – das bezieht sich jetzt auf Ihre Frage –: Es geht ja auch nicht darum, dass man die Möglichkeit bekommt, sich an diesen Periodenartikeln zu bereichern und damit seinen Vorrat aufzustocken, sondern es geht ja eigentlich nur darum,

dass es selbstverständlich wird und die eben normalerweise immer in den Toiletten oder in öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stehen. Das hat ja Frau Dr. Haghanipour auch gesagt, dass es das im Bundesjustizministerium auch gibt. Ich denke mal, dort betrifft es ja eher weniger Menschen, die von Armut betroffen sind, aber wahrscheinlich sind alle sehr froh, dass es das dort gibt. Ich glaube, je mehr Normalität man da reinbringt, je mehr Selbstverständlichkeit, desto weniger wird es auch schamlos ausgenutzt. Das wollte ich noch loswerden.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ihnen vielen Dank für Ihre Stellungnahme! – Für eine erneute Stellungnahme des Senats bat die Senatorin um das Wort, und sie erhält es auch.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank! – Wie gesagt: Aus gleichstellungspolitischer Sicht begrüßen wir das sehr und begleiten das auch sehr positiv. Und was die Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsartikeln angeht, muss jede Dienststelle sich selbst an die Nase fassen. Ich kann für meine Dienststellen sagen, dass wir dort auch kostenlose Menstruationsartikel anbieten. Darüber hinaus, in meinem Zuständigkeitsbereich, was die Notübernachtungen angeht, hatte ich ja anfangs angerissen, dass wir im Rahmen des Integrierten Sozialprogramms neun Notübernachtungen für obdachlose Menschen ganzjährig fördern, wobei hiervon drei gemischtgeschlechtlich, vier als Notübernachtungen für Frauen und zwei als Notübernachtungen für Familien konzipiert sind. In den jeweiligen Fördermitteln sind auch Mittel für Hygieneprodukte enthalten. Konzeptionell ist also bei allen Notübernachtungen die kostenfreie Abgabe von Perioden- und Hygieneprodukten verankert. Zudem arbeiten die Notunterkünfte auch mit den Projekten „Social Period“ und „Periodensystem“ zusammen – alles, was hier gesagt wurde, ist total richtig, ich kann das total nachvollziehen –, sodass wir auch darauf achten, dass das in den Notunterkünften gewährleistet wird. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann danke ich allen, die diese Anhörung mitgestaltet haben. – Danke an Sie beide noch einmal, liebe Anzuhörende! – Ich schlage Ihnen vor, liebe Ausschussmitglieder, dass wir der Praxis folgen, wie es üblich ist, und diesen Tagesordnungspunkt vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt. – Ich höre keinen Widerspruch, dann können wir so verfahren. Damit wird dieser Punkt 3 vertagt. – Ich entlasse Sie beide, liebe Anzuhörende, jetzt aus diesem Sitzbereich. Sie können gerne den nächsten Tagesordnungspunkten folgen, wenn Sie möchten. Danke schön!

Ich rufe auf

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Mobile Bildungsberaterinnen für geflüchtete Frauen** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0045 IntGleich

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße ganz herzlich die beiden Anzuhörenden. Das ist einmal Frau Tahereh Azadbakht von der Beratungsstelle Frau und Arbeit, Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e. V. – ich hoffe, ich habe Ihren Namen halbwegs richtig ausgesprochen! –, und ich begrüße auch ganz herzlich Frau Forough Hossein Pour von der Mobilen Bildungsberatung für

zugewanderte Frauen im Projekt KOBRA – ich hoffe, dass ich auch bei Ihnen mit der Namensaussprache richtig lag!

Dann gehe ich davon aus, dass wir wieder ein Wortprotokoll anfertigen. – Ich sehe nickende Gesichter, dann verfahren wir so. Für die Begründung des Besprechungsbedarfs darf ich einmal Frau Niemczyk von der CDU das Wort geben und danach Frau Golm von der SPD. – Bitte sehr!

Aldona Maria Niemczyk (CDU): Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Das ist heute ein ganz wichtiges Thema. – „Flucht und Integration werden Deutschland und Europa dauerhaft beschäftigen." Das waren die Abschlussworte von Carla Neisse-Hommelsheim, Mitglied im Vorstand des Deutschen Frauenrats und Leiterin des Fachausschusses Flucht und Integration im Rahmen des Forums zum Thema „Integration gemeinsam gestalten", das der Deutsche Frauenrat am 1. Dezember 2017 in Berlin-Kreuzberg organisierte, also vor sieben Jahren. Der Deutsche Frauenrat hatte im Juni 2017 ein Positionspapier mit dem Titel „Integration geflüchteter Frauen und Mädchen muss gelingen" verabschiedet, welches die zentralen Forderungen zum Thema Flucht und Integration zusammenfasst; ein Thema, das heutzutage Hochkonjunktur hat. Laut des Kurzdossiers der Bundeszentrale für politische Bildung vom 13. November 2018 namens „Frauen in der Migration" leben weltweit schätzungsweise 258 Millionen Menschen nicht in dem Land, in dem sie geboren wurden oder dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen. Rund die Hälfte, also 48,4 Prozent dieser internationalen Migrantinnen und Migranten sind Frauen. Ende 2017 gab es nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR weltweit 19,9 Millionen anerkannte Flüchtlinge, die unter dem Mandat des UNHCR standen. Die Hälfte davon war weiblich.

In Deutschland lebten Ende Juni 2018 673 409 Personen mit Asylberechtigung bzw. Flüchtlingsschutz, darunter 234 784 Frauen. Das macht mehr als ein Drittel aller Flüchtlinge, die mit einem Flüchtlingsschutz in Deutschland lebten, nämlich 34,1 Prozent, wobei die Zahl in den letzten Jahren sicherlich gestiegen ist, natürlich gestiegen ist, wie wir wissen. Das stellen wir fest, und das ergeben ja auch die neuesten Statistiken. Eine Analyse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, BAMF, vom Februar 2021 mit dem Titel „Geflüchtete Frauen in Deutschland – Freizeitverhalten und soziale Kontakte" hebt hervor, dass sich die gesellschaftliche Teilhabe in Deutschland für geflüchtete Frauen in der Regel beschwerlicher als für männliche Geflüchtete gestaltet, und zwar sind sie im Durchschnitt schlechter gebildet als geflüchtete Männer, sie besuchen seltener Sprachkurse und verbessern ihre Deutschkenntnisse vergleichsweise langsamer. Außerdem sind sie deutlich seltener erwerbstätig und haben weniger Kontakte zu Deutschen. Sie widmen sich mehr den Kindern, und der Weg zu Bildung und Erwerbsfähigkeit wird dann wirklich, wie ich schon vorhin sagte, sehr erschwert.

> „Geflüchtete und migrierte Frauen bleiben in der wissenschaftlichen und öffentlichen Wahrnehmung häufig unsichtbar. In der Migrationsgeschichte wurden sie lange schlicht vergessen, weil sich Studien hauptsächlich auf männliche Akteure im Wanderungsgeschehen konzentrierten. So galten beispielsweise Bildungs- und Erwerbsmigration lange Zeit als ausschließlich männliche Angelegenheit, obwohl auch Frauen zu jeder Zeit an diesen Wanderungen beteiligt waren",

notiert auch Vera Hanewinkel, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück.

In diesem Sinne wird es essenziell, dass spezielle Maßnahmen für die Integration der geflüchteten Frauen in Deutschland angesetzt werden. Dafür versteht sich die sogenannte Mobile Bildungsberatung als ein wichtiges Instrument. Die Mobile Bildungsberatung, deren Zielgruppe alle geflüchteten Frauen sind, unabhängig von Herkunft, Alter oder Aufenthaltsstatus, soll unterstützt werden, ihre Ziele zu erreichen. Diese Ziele bestehen vor allem darin, dass die geflüchteten Frauen ihre Selbstwirksamkeit verbessern und gleichzeitig einen gerechten Zugang zu Bildung und Arbeit bekommen. Durch Netzwerkarbeit und Kooperation mit Vereinen, Initiativen, Bildungseinrichtungen, zum Beispiel Volkshochschulen, und verschiedenen Integrationsträgern für Bildung, Arbeit und Sprache, Anerkennungsstellen für ausländische Abschlüsse, Industrie- und Handelskammer, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, Unterkünften, Senatsverwaltungen, Clearingstellen, Willkommensklassen usw. wird die Institutionalisierung der Bildungsberatung für geflüchtete Frauen zur Norm. Dabei sind die wichtigsten Aspekte Information und Beratung mit dem Ziel, einen passenden Bildungszugang zu finden, unter Berücksichtigung der im Herkunftsland absolvierten Bildungswege und der erworbenen Abschlüsse respektive der Berufserfahrungen, aber auch der aktuellen Interessen sowie der Vereinbarkeit von Bildung, Beruf und Familie. Nur so können wir von einem kompletten Integrationsprozess sprechen, der sich an den individuellen Bedürfnissen der geflüchteten Frauen orientiert und ihre Bildungspotenziale in Deutschland erkennt und fördert. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat jetzt Frau Golm das Wort für die ergänzende Begründung des Besprechungsbedarfs.

Mirjam Golm (SPD): Ganz kurz nur noch von mir: Die Mobile Bildungsberatung für geflüchtete Frauen, 2015 eingeführt, ist ein wirkliches Erfolgsprojekt, wie wir wissen – ganz spezifische Bedürfnisse der zu beratenden Frauen; ganz prima. Wir als Koalition haben auch gesehen, wie wichtig das ist, deshalb möchte ich noch mal sagen: Vor dem Auslaufen 2023 ist es uns gelungen, die Mittel im Haushalt bereitzustellen. Vier weitere Stellen konnten dauerhaft in der Abteilung Frauen und Gleichstellung angesiedelt werden. Das ist ganz prima. – Deshalb haben wir Sie auch eingeladen. Ganz spezifisch noch mal die Fragen und was unsere Zielsetzung war – wir würden gern in der Anhörung in Erfahrung bringen: Mit welchen Anliegen und Problemen kommen die geflüchteten Frauen zu Ihnen in die Beratung? Was kann die Beratung bewirken? Und vor allem auch: Welche institutionellen Hürden gibt es bei der Umsetzung dieser Beratungsergebnisse? Das wäre uns ganz wichtig. Und dann: Was würden Sie sich wünschen, was wir hier noch ein bisschen besser machen könnten? – Also vielen Dank, dass Sie da sind!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat jetzt noch die Senatorin das Wort für eine einleitende Stellungnahme, und danach sind Sie dran. – Bitte sehr!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich freue mich auch über Ihre Erfahrungen und über Ihren Austausch, auch deshalb, weil ich als Arbeitssenatorin in Berlin den Job-Turbo landesseitig sehr stark begleite und die gesellschaftliche Teilhabe natürlich auch über den Arbeitsmarkt sehr gut funktioniert. Das Konzept Mobile Bildungsberaterinnen hat sich in den vergangenen Jahren bewährt. Es ist ja aus dem Masterplan Integration aus den Jahren 2015/2016 gefordert und umgesetzt worden. Wir haben auch in den Richtlinien der Regierungspolitik die Finanzierung gesichert. Insofern: Sie haben das Wort. Ich freue mich über Ihre Erfahrungen!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann sind Sie dran; gut fünf Minuten. Wenn es ein Tick länger ist, drücken wir ein Auge zu, aber bitte nicht zu lang, denn nach Ihrer Stellungnahme haben die Abgeordneten die Möglichkeit, noch Fragen zu stellen. Danach haben Sie wieder das Wort und können noch mal eine Antwortrunde machen. In diesem Sinne starten wir. Ich weiß jetzt nicht, wer beginnen möchte. – Frau Hossein Pour, Sie haben dann das Wort. Bitte sehr!

Forough Hossein Pour (Mobile Bildungsberatung für zugewanderte Frauen im Projekt KOBRA): Danke! – Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen herzlichen Dank für die Einladung zu dem wichtigen Thema! Mein Name ist Forough Hossein Pour, und ich arbeite seit August 2016 als Mobile Bildungsberaterin bei KOBRA. Unser Träger ist der Berliner Frauenbund 1945 e. V. Es wurde hier schon erwähnt: Ab Januar 2024 wird meine Stelle zusammen mit weiteren drei Stellen in anderen Projekten durch die Abteilung Frauen und Gleichstellung der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung aus Mitteln des Landes Berlin gefördert. Die Nachfrage ist groß, und umso mehr freuen wir uns, dass wir die etablierte Beratungsarbeit fortführen dürfen. Danke dafür an dieser Stelle!

Was sind die vier Topthemen unserer Beratung? – Aufklärung über die Rechte der Ratsuchenden – das heißt, wir informieren über Förderinstrumente, Finanzierungsmöglichkeiten von Deutschkursen, Weiterbildungen, Anerkennung der ausländischen Abschlüsse und Weiterbildung. Kompetenzen – das heißt, wir erfassen die individuellen Fähigkeiten der Frauen, wenn der Bedarf da ist. Berufsperspektiven – das heißt, wir informieren über Berufsfelder und Zugangswege. Bewerbung – das heißt, wir unterstützen beim Erstellen einer Bewerbung, und wenn es gut geht, auch bei der Vorbereitung auf das Vorstellungsgespräch.

Wer kommt zu uns? – Es gibt nicht die geflüchtete Frau. Die Frauen haben sehr unterschiedliche Bildungsverläufe und Berufserfahrungen. Zu mir in die Beratung kommen meist Frauen mit einem akademischen Berufsabschluss und Frauen, die in ihrem Herkunftsland berufstätig waren.

Wo findet die Beratung statt? – Die Beratung ist aufsuchend und findet dort statt, wo die Frauen sich aufhalten, das heißt – das wurde hier auch erwähnt –, wir sind in Gemeinschaftsunterkünften, wir sind bei Deutschkursen, wir sind bei Familienzentren oder Migrantenselbstorganisationen. Sie findet aber natürlich auch in unseren Beratungseinrichtungen statt.

Wie können Frauen uns erreichen? – Der Zugang zur Terminvereinbarung ist niedrigschwellig durch direkte Kontaktaufnahme möglich.

Was ist das Besondere an der Beratung, und was kann sie bewirken? – Die Beratung ist für die geflüchteten Frauen kostenlos und unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus. Die Beraterinnen sprechen Farsi, Dari, Englisch und Spanisch, und die Ratsuchenden können auch in Begleitung von Sprachmittlung oder Integrationslotsinnen zu uns in die Beratung kommen. Digitale Beratung per Messengerdienste oder online ist auch möglich. Ein ganzheitlicher Beratungsansatz für und von Frauen unter anderem in ihrer Muttersprache sorgt für eine vertrauensvolle Atmosphäre und einen Schutzraum für die Klärung anderer Problemlagen.

Für diese komplexen Bildungsberatungsprozesse bringen die Beraterinnen eine hohe Kompetenz in zahlreichen Wissensbereichen mit. Unsere Beratung ist prozessorientiert, das heißt, wir haben auch E-Mail-Kommunikation mit Jobcentern oder Berufsagenturen oder Anerkennungsstellen für diverse Anfragestellungen und Fallklärungen. Die Fachberatung ist für die Zielgruppe Frauen mit Fluchterfahrung besonders wichtig, um ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu verbessern und prekäre Beschäftigung zu verhindern. Frauen mit Fluchterfahrung und zugewanderte Frauen erfahren Benachteiligungen und berichten darüber in der Beratung. Die Beraterinnen nehmen die Erfahrungen ernst und benennen die Probleme: strukturelle Mehrfachdiskriminierung als solche. Sie zeigen Handlungsmöglichkeiten auf und tragen so zu Veränderungen bei.

Welche institutionellen Hürden gibt es bei der Umsetzung der Beratungsergebnisse? – Es gibt viele verschiedene institutionelle Hürden beim Zugang zu Weiterbildung oder beim Berufseinstieg. Ich berate erwerbsorientierte, motivierte Frauen mit einem Hochschulabschluss und Berufserfahrung, und wir haben das Problem des Fachkräftemangels. Deswegen sind die institutionellen Hürden im Bereich der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen aus meiner Sicht ein wichtiges Thema. Davon sind vor allem Frauen in reglementierten Berufen sehr betroffen. Ich meine die Frauen aus Gesundheitsberufen, also Ärztinnen und Pflegefachkräfte, und aus pädagogischen Berufen, Erzieherinnen und Lehrerinnen.

Ich gebe Ihnen ein kurzes Beispiel aus der Praxis: Eine Krankenpflegerin aus dem Iran mit einem Bachelor of Nursing – im Iran ist Krankenpflege ein Studium – und zehn Jahren Berufserfahrung auf Intensivstationen stellt einen Antrag auf Anerkennung beim LAGeSo. Es gibt eine lange Checkliste mit elf Punkten von Unterlagen, die eingereicht werden müssen, unter anderem mit sehr unrealistischen Fristen, zum Beispiel das Führungszeugnis aus dem Heimatland darf nicht älter als drei Monate sein. Die Ratsuchende versucht mit viel Aufwand, alles zusammenzutragen, und am Ende bekommt sie die Empfehlung vom LAGeSo, dass erfahrungsgemäß eine Gleichwertigkeitsprüfung erhebliche Unterschiede bringt. Deshalb wird geraten oder empfohlen, dass die Ratsuchende Zeit sparen würde, wenn sie ihren Antrag zurückzieht und einen Antrag auf einen Anpassungslehrgang stellt.

Auf meine Anfrage, ob die Ratsuchende nicht an einem modularen Anpassungslehrgang für die festgestellten Unterschiede teilnehmen könnte, erhielt ich die Antwort: Einen Anspruch auf eine Prüfung, die sich nur auf die festgestellten Unterschiede bezieht, haben nur Fachkräfte, die in der EU ausgebildet wurden; vergleiche § 20a und b Krankenpflegeausbildungs- und -prüfungsverordnung. – Das bedeutet, Personen aus Nicht-EU-Ländern müssen eine lange Checkliste abarbeiten, um nicht die Anerkennung zu bekommen, sondern einen Feststellungsbescheid vom LAGeSo für die Anmeldung eines Anpassungslehrgangs. Als Fachkraft anders als als EU-Bürgerin behandelt zu werden, ist für viele aus einleuchtenden Gründen eine schmerzhafte Erfahrung und mit Enttäuschung über unser System verbunden, das eine Gleichbehandlung verspricht. Wollen wir das wirklich? –, frage ich mich.

Was ist zu tun? – Von der Politik erwarten wir, dass die Praxis des gesamten Anerkennungsprozesses der reglementierten Berufe bei Personen aus Nicht-EU-Ländern in Berlin evaluiert wird. Oft scheitert eine Anerkennung schon bei der Antragstellung. Diese Personen tauchen nirgendwo in der Statistik auf. Wichtig ist hier, dass das Vorgehen in allen Verfahrensschritten betrachtet wird, also angefangen von der Erstberatung bei der Beantragung, dann natürlich bei der Bearbeitung und der individuellen Prüfung der Qualifikation und der Berufserfahrung

bis zur vollen Anerkennung. Das ist wichtig, um unnötige institutionelle Hürden abzubauen und für ein transparentes und einheitliches Verfahren zu sorgen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Hossein Pour, für Ihr Statement! – Dann haben Sie jetzt das Wort, Frau Azadbakht.

Tahereh Azadbakht (Beratungsstelle Frau und Arbeit, Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e. V.): Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende! Sehr geehrte Senatorin Kiziltepe! Sehr geehrte Abgeordnete! Mein Name ist Soheila Tahereh Azadbakht. Ich habe zwei verschiedene Vornamen. Ich bin als Kind Soheila gerufen worden, deswegen ist mir dieser Name lieber.

Es ist ein Privileg, hier zu sein und an diesem bedeutenden Ort des politischen Austauschs teilnehmen zu dürfen. Ich sehe das auch als Wertschätzung unserer Arbeit, und dafür bin ich sehr dankbar. Ich arbeite seit 2017 bei Raupe und Schmetterling als Gruppenleiterin einer Gruppe namens Pol – „Pol“ bedeutet auf Deutsch „Brücke“ – mit iranisch-afghanischen Frauen. Dieses Projekt ist im Rahmen von Women’s Welcome Bridge zustande gekommen. Seit 2019 bin ich als Mobile Bildungsberaterin für geflüchtete und zugewanderte Frauen bei Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte tätig.

Ich möchte die Essenz unserer Arbeit mit einem Zitat beschreiben: Die Zukunft gehört denen, die daran glauben, dass sie die Macht haben, sie zu gestalten. – Das, was Eleanor Roosevelt damals sagte, nennen wir heute Empowerment. Empowerment ist ein zentraler Bestandteil im Beratungsprozess, um die besonderen Hindernisse geflüchteter und zugewanderter Frauen zu überwinden, um sie individuell zu stärken und zu fördern und sie dabei zu unterstützen, sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt zurechtzufinden und zu behaupten.

Die Beratung erfordert ein sensibles Verständnis für die spezifischen Bedürfnisse der Frauen und die Herausforderungen, denen sie sich stellen müssen. Mir ist eine ganzheitliche Herangehensweise sehr wichtig. Das bedeutet, zuzuhören, die Frau und ihre Fähigkeiten in den Vordergrund zu stellen, sich als Beraterin zurückzustellen, ihr die Möglichkeit zu geben, dass sie eine Stimme hat. Das sehe ich als meine Aufgabe.

Meine ratsuchenden zugewanderten und geflüchteten Frauen kommen eigentlich aus der ganzen Welt: aus Portugal, aus Spanien, aus Aserbaidschan, aus dem Iran, aus Afghanistan, aus Brasilien, aus der Türkei, und sie bringen ein hohes Potenzial mit. Sie sind motiviert und engagiert und haben sich die Motivation teilweise über lange Durststrecken erhalten. Warten auf Dokumente, weil sie schnell das Land verlassen mussten und ihre Dokumente nicht mitnehmen konnten – dann müssen sie die Familienmitglieder darum bitten, dass sie die Dokumente schicken –, auf Bewilligungen, auf die Ergebnisse der letzten Tests für den nächsten Deutschkurs – das dauert in der Regel acht Wochen. Eigentlich haben sie einen enormen Willen und enorme Kraft bewiesen, um ihr Schicksal in die Hand zu nehmen und ein neues Leben in einem fremden Land mit einer neuen, fremden Sprache zu beginnen.

Dieses Potenzial, diese Kraft und Motivation sollten wir fördern. Oft haben die Frauen durch schreckliche Erlebnisse in ihren Heimatländern und leider auch auf der Flucht diese Kraft verloren. Zusätzlich kommen dazu die schwierige Situation beim Ankommen, ein unsicherer Aufenthaltsstatus, familiäre Konflikte bis hin zu Gewalt und unsichere Wohnverhältnisse in den Unterkünften; manchmal wohnen sie in den Containern mit vier, fünf anderen Menschen aus anderen Ländern, mit denen sie nicht mal kommunizieren können. Das ist dann so, dass gesundheitliche Probleme vorprogrammiert sind. Sie sind sehr belastet, wenn sie zu uns kommen. In den Beratungen versuche ich, möchte ich, will ich die Frauen stärken und ihre Potenziale wieder hervorholen.

In den letzten Jahren durfte ich schon viele Frauen erfolgreich in eine Ausbildung oder Berufstätigkeit begleiten. Sahra arbeitet als Steuerfachangestellte. Fahimeh arbeitet beim Amtsgericht. Nachdem sie ihre Ausbildung als Rechtsanwaltsfachangestellte fertig hatte, hat sie ihren Traum erfüllt, und jetzt arbeitet sie an einem Amtsgericht. Nafise wird als Zahnärztliche Helferin ausgebildet. Monireh ist Pädagogische Assistentin und arbeitet in einer Kita. Und die junge afghanische Frau, die in Iran gerade mal Lesen und Schreiben gelernt hatte, bereitet sich in Berlin gerade auf den MSA vor. Mehr von diesen Geschichten können Sie sich auch auf der Webseite von Raupe und Schmetterling anhören.

Ich möchte aber auch die Hürden und Barrieren, die eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt erschweren, benennen. Ich habe ein kleines Beispiel mitgebracht für einen erfolgversprechenden Weg, der momentan in einer Sackgasse angekommen ist. Eine Geflüchtete aus Afghanistan, Ankunft 2015, Aufenthaltserlaubnis 2017, die in ihrem Heimatland jahrelang als Lehrerin Mädchen unterrichtete, absolvierte nach dem Erwerb der deutschen Sprache erfolgreich eine einjährige Weiterbildung als Pädagogische Assistentin. Ich muss betonen, dass diese Frau mit der Note 1,3 bestanden hat. Seither arbeitete sie in der Wilhelm-Busch-Grundschule als Vertretungslehrerin in einer Willkommensklasse. Rektor und Kollegium sind begeistert von ihrer Arbeit und wollten sie im Februar 2024 als Pädagogische Assistentin einstellen. Die Einstellung aber scheitert aktuell am Einspruch des Personalrats Marzahn-Hellersdorf, der die fehlenden Nachweise aus Afghanistan bemängelt, obwohl die Senatsverwaltung für Bildung im Auswahlverfahren per Einzelfallentscheidung mitteilte, dass die Einstellung dieser Frau erfolgen darf.

Ich bin der festen Überzeugung, dass Sie als Abgeordnete Lösungen für Menschen finden können. Wir haben schon gute Beispiele. Der unbürokratische Umgang mit ukrainischen Geflüchteten – ich mache das ganz schnell! – unmittelbare Arbeitserlaubnis, erleichterte Anerkennung von Berufsabschlüssen – zeugte von politischem Willen, Ideenreichtum und Engagement. Hier hat die Politik schnell, rechtssicher und unbürokratisch für Menschen agiert. Berlin mit seinen vielfältigen Möglichkeiten könnte an dieser Stelle ein Leuchtturm sein, der bundesweit ausstrahlt, indem die Qualifikationen, Fähigkeiten und Kenntnisse der Geflüchteten und Anerkannten und der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert würden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank auch für Ihre Stellungnahme! – Dann ist jetzt die Runde der Abgeordneten dran. Ich habe bisher folgende Wortmeldungen hier vernommen: Der Reihe nach sind das Frau Schmidt, Herr Omar, Frau Niemczyk, Frau Golm und Frau Dr. Haghanipour. – Ich habe eine ganz bescheidene Frage in Richtung Herrn Omar: Möchten Sie vielleicht Ihrer Sprecherin zuerst das Wort ermöglichen? – Vielen Dank! Dann tauschen

wir die Reihenfolge. Das ist hier so ein bisschen die Frauensolidarität; ich bitte um Nachsicht, Herr Omar! – Danke schön! – Frau Schmidt, Sie starten.

Ines Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Erst mal vielen Dank für Ihre tolle Arbeit! Über manche Sachen muss man einfach nur noch den Kopf schütteln. Wenn das ganze Bezirksamt zustimmt und ein Personalrat dagegenspricht, also – – Ich meine, ich kenne den Personalrat nicht, aber ich kann mir nicht mal vorstellen, dass die Kompetenz da ist, um zu prüfen, ob die ausländischen Papiere alle vollständig vorhanden sind. Aber gut, darüber möchte ich nicht reden, denn das ist ja hier nicht das Thema.

Frau Hossein Pour! Wir haben Sie hier eingeladen – – Erst mal danke, dass Sie beide gekommen sind, aber ich habe ein paar Fragen an Sie. Meine erste Frage: Hat sich die Arbeit bzw. haben sich die Bedarfe in der Mobilen Beratung für geflüchtete Frauen seit 2015 verändert, gerade wenn Sie damals mit heute vergleichen?

Dann haben Sie ja ziemlich emotional berichtet, was hier passiert: wo die Abschlüsse alle da sind, aber die Frauen einfach an der ganzen Bürokratie scheitern. Da ist mir als Erstes eingefallen: Haben Sie eigentlich wie die Sozialarbeiter bei uns eine Supervision, wo Sie abends mal alles, was Ihnen unter die Seele geht, auskippen können? Das würde mich interessieren.

Dann: Viele Menschen mit Fluchtgeschichte, vor allem Frauen, arbeiten ja hier – Sie haben das ja ganz toll erklärt und lange erläutert – unterhalb ihres Tätigkeitsniveaus. Was sind die Gründe für diese Diskrepanz? Wie hoch ist aus Ihrer Sicht das Potenzial der qualifizierten Fachkräfte aus Drittstaaten in Berlin, das wir einfach nicht nutzen?

Noch eine Frage: Es gibt im Land Berlin nur vier Mobile Bildungsberaterinnen; das habe ich jedenfalls so aus dem Internet rausgeholt. Ist das ausreichend? Wie hoch ist eigentlich der Bedarf? Und welche Aufgaben müssen Sie jetzt einfach liegenlassen, weil Sie es nicht schaffen? Mich würde auch mal interessieren, Frau Hossein Pour: Wie viele Gespräche machen Sie eigentlich im Jahr?

Dann an meine beliebte Senatsverwaltung: Was tut der Senat, um das Angebot an Sprachkursen zu erhöhen, und plant er, die Anforderung von fast erstsprachigem Niveau – C2, höchste Stufe – auf C1 zu senken?

Zweitens: Wie ist das momentan mit der Kostenübernahme von Übersetzen und Beglaubigung von Dokumenten? Ist da eine Kostenübernahme geplant?

Und drittens: Das Regionale Integrationsnetzwerk Berlin zielt ja darauf ab, nachhaltige und bildungsadäquate Beschäftigung für Menschen mit Migrationsbiografie zu finden. Können Sie uns ein paar Zahlen geben: Wie viele Menschen im Jahr beginnen bei diesem Netzwerk, und wie viele finden anschließend eine Beschäftigung bzw. Anstellung? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat jetzt Frau Dr. Haghanipour das Wort.

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, auch für Ihre aufmerksame Sitzungsleitung hier und die Frauensolidarität! – Vielen Dank an die Anzuhörenden Frau Hossein Pour und Frau Azadbakht! Ich glaube, dass vieles von dem, was Sie beschrieben

haben, für die Menschen, mit denen Sie zusammenarbeiten, sehr kräftezehrend ist, aber ich glaube auch, dass Sie persönlich sehr viel geben und dass das für Sie auch sehr kräftezehrend ist. Das ist kein Nullachtfünfzehn-Job, sondern das sind schon schwierige Fälle und Herausforderungen, mit denen Sie zu tun haben. Es ist auch schwer für uns, glaube ich, hier zu hören, dass wir heute, also im Jahr 2024, noch immer diese Geschichten hören, die wir seit Jahrzehnten schon hören, die meine Elterngeneration auch schon gehört hat, als sie in meinem Alter war, und das auch noch in diesen Zeiten, wo wir so einen eklatanten Fachkräftemangel haben. Das war ja vor 30 Jahren hier anders, und jetzt ist es noch mal ökonomisch, wirtschaftlich unverständlicher und betrübt uns auch dementsprechend.

Ich würde Sie gerne mit Fokus auf die geflüchteten Frauen, mit denen Sie zu tun haben, fragen, was deren Bedarfe sind, vor allem wenn sie mehrfach diskriminiert sind und unterschiedliche Bedarfe haben. Also was für Frauen schlagen bei Ihnen auf, welche mit Behinderung, queere Frauen, ältere Frauen, Frauen mit Kindern, wo vielleicht die Kinderbetreuung auch noch mal eine Hürde sein kann für die Beratung, die Sie anbieten? Können Sie die genauso gut erreichen, haben Sie dafür Ressourcen, diese Frauen zu erreichen, und welche Bedarfe erkennen Sie da?

Auf die zweite Frage, die ich habe, hat meine Kollegin Ines Schmidt schon ein bisschen angespielt: Wie sehen Sie die Perspektive für die Mobile Bildungsberatung für die nächsten Jahre, in denen es weiterhin schutzsuchende Menschen geben wird, die zu uns kommen, und wo es ja in unserem gesamten gesellschaftlichen Interesse ist, dass die hier gut ankommen und auch ihre Qualifikationen hier einsetzen können?

Meine letzte Frage, weil Sie diese konkreten Fallbeispiele beschrieben haben: Glauben Sie, dass bei Einstellungsprozessen alle Beteiligten wohlwollend und sachlich sind? – [Zuruf] – Dass alle Beteiligten bei diesen Prozessen, also alle Ämter und Räte, so, wie Sie es gerade beschrieben haben, wohlwollend und sachlich unterwegs sind.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat jetzt Frau Niemczyk von der CDU-Fraktion das Wort.

Aldona Maria Niemczyk (CDU): Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen herzlichen Dank an Sie, liebe Damen, Frau Azadbakht und liebe Frau Hossein Pour, mit der ich ja jahrelang gearbeitet habe. Ich schätze sie wirklich sehr. Es war reiner Zufall, wir haben uns nicht verabredet, aber Berlin ist echt ein Dorf, muss ich ehrlich sagen. – [Zuruf] –

Vorsitzende Ülker Radziwill: Zumindest besteht Berlin aus vielen Dörfern, darauf können wir uns einigen.

Aldona Maria Niemczyk (CDU): Danke! – Ich habe mir mehrere Fragen aufgeschrieben. Und zwar ist das Problem, wie ich in meiner Begründung für den Antrag schon dargestellt habe, seit 2017 zumindest in dieser Studie so dargestellt worden, auch von Ihnen, Frau Hossein Pour. Ich habe von Ihnen jetzt auch noch mal diese Studie gelesen. Das sind sieben Jahre, die uns von diesen statistischen Erhebungen trennen, aber das Problem ist scheinbar gleich geblieben. Wie können Sie sich das erklären, oder wie können Sie uns das erklären, damit wir das verstehen und vielleicht gemeinsam nach Lösungen suchen können?

Dann würde mich interessieren: Wie kommen die Frauen zu Ihnen? Ich meine, machen Sie Werbung, wird in den Gemeinschaftsunterkünften dafür geworben? Haben Sie sich diese Gedanken gemacht? „Mobil“, das heißt, Sie gehen wahrscheinlich mit Ihrem Angebot auch in die Unterkünfte? Wenn ich mir überlege, wie viele Gemeinschaftsunterkünfte wir jetzt in Berlin haben: Wie schaffen Sie das? Das ist ja auch noch mal eine spannende Frage.

Dann würde mich auch interessieren – Sie führen bestimmt Statistiken, Sie müssen sich aus Ihrer Arbeit auch rechtfertigen –: Aus welchen Ländern kommen die Frauen zu Ihnen, die den Wunsch haben, sich weiterzubilden, fortzubilden und dann selbstständig zu sein? –; ob Sie dazu einen Datenschatz hätten.

Das Beispiel von Ihnen, der Fall von der Frau, von der Lehrerin, hat mich noch mal sehr bewegt, weil ich auch Berichterstatterin im Petitionsausschuss bin. Das ist wirklich ein klassischer Fall für eine Petition, und ich habe ein Angebot, einen Vorschlag für Sie: Dadurch, dass wir heute sehr hochkarätig – – bei uns ist auch der Vorsitzende des Petitionsausschusses. Ich habe für Sie auch Infomaterial. Also wenn Sie möchten, können wir noch mal kurz miteinander sprechen, denn das kann echt nicht angehen. Da stehe ich Ihnen sehr gerne zur Verfügung. – Das wäre es erst mal von mir. Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Golm, Sie haben das Wort.

Mirjam Golm (SPD): Natürlich auch von mir vielen Dank! Ich finde das ganz toll, dass Sie die Einladung heute als Wertschätzung Ihrer Arbeit empfinden. Genau so sollte es auch sein; wir wollten heute einmal den Raum dafür geben. Sie machen hervorragende Arbeit, ganz vielen Dank!

Diese vier Stellen, diese Mobilen Beratungen, sind ja jetzt in der Abteilung Frauen und Gleichstellung angesiedelt, also fernab von allen anderen Beratungsangeboten. Mich würde noch mal genau interessieren: Was sind denn die spezifischen Sachen ganz speziell für Frauen, also wo ist der Unterschied, wie erreicht man die? Also für geflüchtete Menschen insgesamt – aber was brauchen geflüchtete Frauen ganz besonders bei der Beratung, wo muss man genau darauf achten?

Und dann: Sie machen ja Bildungsberatung, aber es gibt natürlich – ich habe das auch herausgehört – so vielfältige Probleme, traumatische Sachen, Fluchterfahrung. Was machen Sie mit den anderen Problemen? Können Sie die Frauen weitervermitteln? Ist überhaupt Zeit und Kapazität dafür da, zu schauen, ob die noch eine Therapie bekommen, eine Traumatherapie, oder gesundheitliche Versorgung? Wie läuft das ab? Ist das eine Kooperation, kann man sich da abstimmen? Wie sieht das aus? – Noch mal ganz vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich möchte ganz kurz die Abgeordneten etwas fragen. Ich habe jetzt noch die Wortmeldungen von Herrn Omar, Frau Eralp und Frau Auricht. In der Reihenfolge sind die Wortmeldungen hier angekommen. Es sind aber jetzt schon recht viele Fragen gestellt worden. Ich möchte mal wissen, ob wir noch Frau Auricht drannehmen, dann hätten wir eine Fraktionsrunde, dann könnten die Anzuhörenden eine Runde antworten, dann könnten Herr Omar und Frau Eralp in der zweiten Runde drankommen. Wäre das in Ihrem Sinne? – Vielen Dank für das Verständnis! Dann ist jetzt Frau Auricht dran, und dann können Sie antworten.

Jeannette Auricht (AfD): Vielen Dank! – Ich mache es auch wirklich ganz kurz: Vielen Dank an die Anzuhörenden! Was mich jetzt noch mal interessiert – ich bin ein Zahlenmensch –: Wie viele Beratungen führen Sie durch, und wie hoch ist die Erfolgsquote? Das interessiert mich sehr. Und: Sie haben ja von vielen Hürden gesprochen. Sprachbarriere, Anerkennung, fehlende Angebote an Sprachkursen – gibt es da ein Ranking? Was ist das größte Problem, die Bürokratie?

Eines interessiert mich auch sehr persönlich: Sie sagen, Sie gehen auch in die Unterkünfte. Finden Sie da oft Widerstand bei den Männern, also, wenn die dann dabei sind? Müssen Sie die Männer sozusagen manchmal mitberaten, damit die das sozusagen erlauben, dass die Frauen arbeiten, oder sind die alle so tolerant, dass die sagen: Mach, finde ich gut!

An den Senat habe ich noch eine Frage: Wir haben ja gehört, vier Stellen in der Mobilen Beratung. Aber es gibt ja sicherlich – oder das wissen wir ja alle – viele Beratungsstellen in Berlin. Mich würde mal interessieren: Wie viele derartige Strukturen gibt es noch, können Sie dazu Angaben machen? Wie erfolgreich sind die Strukturen, und wie wird der Erfolg gemessen? – Das war es schon. Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich ziehe meinen Vorschlag zurück, weil Frau Eralp noch das Wort erhalten möchte. Dann würde ich dem Eingang der Wortmeldungen entsprechend Herrn Omar das Wort geben, dann Frau Eralp, dann machen wir die Antwortrunde. Dann ist die Runde der Abgeordneten beendet.

Jian Omar (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von mir vielen Dank an die Anzuhörenden für die Ausführungen und auch für Ihre Arbeit! Mich interessieren Ihre Erfahrungen mit dem Bereich Spracherwerb. Ich bekomme als migrationspolitischer Sprecher oft Anfragen von geflüchteten Frauen, die beklagen, dass sie zwar gefördert werden bis zu einem bestimmten Sprachniveau, ich glaube, bis zu B1, aber ab B1, für B2 und C1, was oft notwendig ist für einen weiteren akademischen Weg, dann auf sich gestellt sind. Dann müssen sie suchen: Wer fördert das? – Es gibt Bezirke, in denen das die Agenturen für Arbeit niedrigschwellig fördern – das kommt auf die Sachbearbeiterin oder den Sachbearbeiter an –, und andere, die sagen: Nein, bis hierhin; dann müsst ihr jetzt einen Job annehmen, egal ob es euch passt oder nicht. – Können Sie uns berichten, welche Erfahrungen Sie machen? Wohin können sich die geflüchteten Frauen, aber auch Geflüchtete generell wenden, wenn es um den Spracherwerb bis zu einem hohen Niveau geht, C1 und höher?

Das andere: Frau Hossein Pour, Sie haben gesagt, dass Sie auch in den Unterkünften Beratungen anbieten. Die Frage ist: Bieten Sie das auch in den Großunterkünften wie zum Beispiel in der Massenunterkunft Tegel an? Bieten Sie das in allen Unterkünften von Berlin an, und wenn nicht: Auf welcher Grundlage und auf welcher Basis suchen Sie diese Unterkünfte aus? Müssen die Leitungen sich an Sie wenden, oder bieten Sie das regelmäßig und rotierend in den Unterkünften an?

Die letzte Frage ist: Frau Hossein Pour, Sie sind kurz auf die Übersetzungen eingegangen. Auch Sie, Frau Azadbakht, hatten gesagt, dass Sie Frauen aus aller Welt beraten. In welchen Sprachen sind oft Übersetzungen notwendig, und wo holen Sie sich diese Unterstützung? Müssen Sie selber die Dolmetschung und Übersetzung organisieren, oder gibt es Stellen in Berlin, an die Sie sich wenden, wie SprInt beispielsweise? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Eralp, Sie haben das Wort. Bitte!

Elif Eralp (LINKE): Vielen Dank! – Ich dachte einfach, dass eine zweite Runde für zwei Abgeordnete vielleicht nicht so sinnvoll ist und auch meine Fragen sehr stark im Zusammenhang mit schon gestellten Fragen stehen. Deswegen vielen Dank, dass Sie das jetzt so ermöglicht haben!

Und zwar wollte ich die Anzuhörenden noch mal fragen: Auch meine Mutter, die hierher geflohen ist, war Oberkrankenschwester und Lehrerin für Krankenschwestern und musste dann hier angekommen wegen mangelnder Anerkennung ihres Berufs bei anderen Leuten putzen und hat dann 20 Jahre später eine Anerkennung bekommen. Deswegen würde mich noch mal interessieren, welche Berufsbereiche Sie bezüglich der Anerkennung als besonders problematisch und langwierig für Frauen wahrnehmen und ob Sie auch etwas dazu sagen können, wie Sie die Personalsituation einschätzen, auch beim LAGeSo, und insgesamt das Behördenhandeln im Sinne von Dokumenten, also die Beschaffung von Originaldokumenten; ob da auch großzügig von Ausnahmen Gebrauch gemacht wird, oder ob das aus Ihrer Wahrnehmung eher nicht der Fall ist. Und ob die Frauen Ihnen gegenüber von Diskriminierung in den Ämtern berichten, würde mich interessieren.

Auch vom Senat würde ich gerne etwas wissen. Ich war vor Kurzem bei einem interkulturellen Frauentreff, ROSA in Marzahn, das kennen sicher viele hier. Dort waren sehr viele geflüchtete Frauen, die davon gesprochen haben, dass sie in ihrem Herkunftsland beispielsweise Apothekerinnen oder Ärztinnen sind. Das sind ja reglementierte Gesundheitsberufe, die vor allem über Bundesgesetze reglementiert sind. Die Vorgaben sind teilweise sehr streng. Ich kenne beispielsweise auch viele Leute aus der Türkei, die hier jahrzehntelang Taxi gefahren haben, obwohl sie Medizin studiert hatten. Meine Frage ist, ob der Senat sich auch auf Bundesebene dafür einsetzt und in welcher Art und Weise, dass auch dort die Regelungen entbürokratisiert werden und wir hier einfach zu schnelleren und viel mehr Ankerkennungen kommen, weil das einfach eine Verschwendung von Ressourcen ist.

Vorsitzende Ülker Radziwill: So, jetzt sind Sie dran und haben ein ganzes Bündel an Fragen bekommen. Ich hoffe, Sie kommen da durch. Sie beantworten die Fragen, die Sie als Fragen für sich aufgenommen haben, und was Sie beantworten möchten. Wer möchte starten?

Forough Hossein Pour (Mobile Bildungsberatung für zugewanderte Frauen im Projekt KOBRA): Ja, ich fange an.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann, bitte schön, haben Sie das Wort!

Forough Hossein Pour (Mobile Bildungsberatung für zugewanderte Frauen im Projekt KOBRA): Frau Schmidt hat als Erstes gefragt: Inwieweit haben sich die Bedarfe verändert? Wenn ich das vergleiche: Damals ging es mehr darum – – Also wir sind ja dafür da – das Besondere an unserer Arbeit ist ja ein Stück die Begleitung bei diesen Übergängen. Also wie geht es zum Beispiel vom Deutschkurs aus weiter? Geht es jetzt Richtung Anerkennung oder Weiterbildung usw.? – Insofern hat sich geändert, dass es bei den Frauen, die 2017 oder 2016 gekommen sind, jetzt wirklich um Arbeitsmarktintegration geht. Ich rede von qualifizierten Frauen. Das habe ich ja auch in meinem Input gesagt, dass zu mir meistens Frauen mit einem

akademischen Abschluss kommen. Und erst nach so vielen Jahren, müssen Sie sich vorstellen, ist es dann so weit, dass wir daran arbeiten, dass sie im Arbeitsmarkt ankommen.

Dafür, was sich aber auch am Bedarf geändert hat, will ich Ihnen noch mal ein Beispiel aus der Praxis nennen. Vor ein paar Tagen kam eine Erzieherin zu mir in die Beratung, die den Wunsch nach Berufsorientierung hatte. Ich habe gedacht: Okay, das kann ja passieren, dass die Arbeit mit Kindern vielleicht anstrengend ist. – Erst nach 45 Minuten – und das ist dieser geschützte Raum, von dem ich rede – kam heraus, dass sie nicht als Erzieherin arbeiten will, weil sie rassistische Erfahrungen oder Anmerkungen auf Arbeit hat von ihren Kolleginnen. Sie wird ausgelacht wegen ihres Akzents. Wenn sie Vorschläge hat, wie man mit Kindern, die Sprachbarrieren haben, umgeht, wird das Blatt mit ihren Vorschlägen einfach vor ihren Augen zerrissen und gesagt: Nein, dieses Kind muss Deutsch sprechen. – Dieses Kind schreit aber seit sechs Stunden, also dieses Kind kommt in die Kita und schreit, das heißt, dieses Kind hat ja etwas. Sie sagte zu mir, sie will wechseln, weil sie eine Fachkraft ist, und sie sieht sich nicht als pädagogische Fachkraft. Also sie macht das mit Leidenschaft, sie arbeitet gerne mit Kindern, und sie hat das Gefühl, dass sie da nicht zum Einsatz kommt. Ich will Ihnen nur sagen: Wir haben jetzt wirklich das Problem, dass wir die Fachkräfte behalten, dass sie dort, wenn sie ankommen, auch bleiben und diesen Job machen und nicht krank werden und nicht weggehen und nicht wechseln. Das ist ein Bereich, in dem wir auch Bedarf haben. Also das noch mal für Sie als Beispiel, wie sich das auch bei uns in der Beratung verändert, dass wir merken: Okay, jetzt hat die Arbeitsmarktintegration geklappt, aber dann hat sie Probleme am Arbeitsplatz.

Supervision: Das passt natürlich sehr gut, was Sie gefragt haben, denn das ist wirklich ein Bedarf von uns, und dafür wurde auch, wenn ich es richtig verstanden habe, ein Antrag gestellt, aber nicht genehmigt, weil das für Sozialarbeiter vorgesehen ist. Wir haben aber auch wirklich mit Fällen zu tun, die in sehr problematischen Lebenslagen sind. Eine individuelle Supervision für uns würde uns also entlasten, und ich glaube, das ist eine überschaubare Summe, für vier Beraterinnen vielleicht viermal im Jahr Supervision. Ich habe jetzt keine genauen Zahlen im Kopf, aber ich denke, wir reden über 4 000 oder 5 000 Euro für vier Stellen.

Sie haben nach Drittstaatsangehörigen mit Qualifikation in Berlin gefragt, habe ich das richtig verstanden? – Genau. Dazu habe ich leider keine Zahlen, aber ich hatte ja hier eine Publikation, die zuletzt im Januar veröffentlicht wurde, und da, wie ich recherchiert habe, liegt eigentlich der Anteil von Frauen mit akademischem Abschluss bei 17,4 Prozent, und bei Männern ist er 17,1 Prozent. Das ist aber bundesweit, das hat nicht mit Berlin zu tun. Ich kann Ihnen gerne später noch die Quelle sagen. Wie gesagt: Zu mir kommen ja auch die Frauen, die diesen haben, also das kann ich bestätigen.

Wie hoch ist der Bedarf? – Ich glaube, das hat sich darauf bezogen, ob wir vier Bildungsberaterinnen den Bedarf abdecken können? – Genau. Ich kann nur sagen: Natürlich wäre es schön, wenn weitere Stellen dazukommen. Ich schaffe es natürlich, Beratungstermine zu geben, aber ich merke auch: Ich kann, wenn eine Frau mich heute anruft und sagt: Ich brauche jetzt sofort eine Beratung –, ihr das leider nicht anbieten. Da muss sie manchmal zwei oder drei Wochen warten.

Wie viele Gespräche im Jahr? – Dazu habe ich eine Statistik mitgebracht, meine Statistik aus 2023. Ich habe es aber auch so im Kopf. Das sind ganz genau 411 individuelle Beratungen im Jahr 2023. Und dann hatte ich noch 93 in Workshops und Infoveranstaltungen, die zählen ja auch dazu. Ich muss auch dazusagen, dass wir unsere Beratungen erst ab 30 Minuten zählen, das heißt, wir haben wirklich auch eine Qualität für unsere Beratung, also da sind Kurzberatungen nicht drin. Wenn wir eine Frau navigieren oder wenn wir auf Messen sind und mit einer Frau sprechen, das ist in diesen Zahlen nicht drin. Sonst kommen wir auf 700. Also das sind wirklich Beratungszahlen, wo die Frau zu uns kommt.

Ich glaube, ich habe Ihre Fragen beantwortet. – Möchtest du noch?

Tahereh Azadbakht (Beratungsstelle Frau und Arbeit, Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e. V.): Ich habe ja dieses Beispiel mit der afghanischen Frau mitgebracht. Vielen herzlichen Dank, dass Sie darauf reagiert haben! Bei diesem Fall handelt es sich darum, dass die Frau die Weiterbildung hier in Deutschland gemacht hat. Es geht nicht um die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, in Afghanistan. Wir wissen ja, wie die Situation in Afghanistan gerade ist; dass die Mädchen und Frauen, die an der Uni waren, nach Hause geschickt wurden, dass die, die klein sind und zur Schule gehen wollten, nicht durften. Das heißt, sie kommt aus dieser Generation, dass sie in Afghanistan als Lehrerin unterrichtet hat und hier mit diversen Problemen angekommen ist, nach zwei Jahren. Ich habe sie begleitet bei dieser Weiterbildung zur Pädagogischen Assistentin. Sie hat mit einer sehr guten Note abgeschlossen. Das heißt, diese Weiterbildung, dieses Zeugnis, das sie hat, ist ja in Deutschland ausgestellt, und das ist das, was ich bei diesem Fall nicht verstehe: Warum? Interessant ist auch noch: Ich bin schon seit Monaten mit dem Schulleiter in Kontakt, und der Schulleiter versucht – – Ich habe auch die Papiere mitgebracht, diesen ganzen Wortwechsel habe ich mitgebracht. Es ist so, dass die Senatsverwaltung für Bildung das auch anerkannt hat, und sie hat ja in der Tat – das ist ein gutes Beispiel, deswegen habe ich das auch mitgebracht – bewiesen, dass sie als Lehrerin arbeiten kann. Sie hat dort die Vertretung gemacht, sie hat als Lehrerin gearbeitet, aber dadurch, dass sie nicht als Lehrerin eingestellt werden durfte, hat sich die Schulleitung für Sozialpädagogische Assistentin entschieden, damit sie richtig eingestellt werden kann. Sie wurde dann von Schulgeldern finanziert, weil die ihre Arbeit so toll gefunden haben. Und sie steht jetzt da, wo sie 2015 zu mir kam. Und das ist das, was einfach nicht – – Ich kann es nicht verstehen, ich kann es nicht fassen. Deswegen bitte ich einfach darum, mich da weiter zu unterstützen.

Ich habe mir die Namen jetzt nicht gemerkt, wer welche Fragen gestellt hat.

Forough Hossein Pour (Mobile Bildungsberatung für zugewanderte Frauen im Projekt KOBRA): Soll ich weitermachen?

Tahereh Azadbakht (Beratungsstelle Frau und Arbeit, Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e. V.): Kannst du machen, gerne! Ich habe andere Punkte gehabt, aber kannst du machen, kein Problem.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Wechseln Sie jetzt wieder?

Tahereh Azadbakht (Beratungsstelle Frau und Arbeit, Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e. V.): Ja, genau, wir wechseln.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann Frau Hossein Pour, bitte!

Forough Hossein Pour (Mobile Bildungsberatung für zugewanderte Frauen im Projekt KOBRA): Ich gehe jetzt auf die Fragen von Frau Dr. Haghanipour ein. Ich hatte mir aufgeschrieben: Mehrfachdiskriminierung. Danke, dass Sie das Thema ansprechen! Das haben wir natürlich in der Beratung. Das Wichtigste, das sie brauchen, ist erst mal, dass das anerkannt wird, dass jemand da sitzt und dieses Anliegen ernst nimmt; dass sie gehört und gesehen werden. Und dann machen wir natürlich ganz individuelle Fallarbeit, das heißt, wir hören uns das an und schauen: Ist das im Rahmen unserer Arbeit, also ist das jetzt zum Beispiel bei der Antragstellung nach SGB III für die Anerkennung der Zeugnisse passiert, und das wurde nicht bearbeitet, oder worum geht es bei diesem Fall? – Wenn es etwas ist, was direkt mit unserer Arbeit zu tun hat, dann schalten wir uns ein, dann schreiben wir der Sachbearbeiterin. Gegebenenfalls schalten wir auch die Gleichstellungsbeauftragte oder die Migrationsbeauftragte des BA mit ein und versuchen, den Fall zu klären.

Wenn es aber etwas ist, was nicht mehr im Rahmen unserer Arbeit ist, ist ein Netzwerk ein sehr wichtiger Teil unserer Arbeit, das heißt, wir arbeiten in dem Fall, wenn es um eine Diskriminierung geht – – Zum Beispiel, sie wurde gekündigt. Dann haben wir das BEMA – Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit –, wohin wir dann gerne verweisen. Oder bei Behinderten kooperieren wir mit MINA – Leben in Vielfalt e. V. Die beraten ja auch behinderte Geflüchtete, also da haben wir eine sehr gute Kooperation. Es ist auch so, dass wir dann zum Beispiel für Infoveranstaltungen bei MINA e. V. angefragt werden; dass ich da vorbeigehe. Da gibt es zum Beispiel einen Frühstückstisch, dann sind die Menschen da, und dann gehe ich einfach hin und berate sie oder informiere sie über unsere Arbeit. So sieht das dann in dem Fall aus. Queere Menschen haben wir auch in der Beratung. Zuletzt war eine Person da, die nach einer Asylrechtsberatung für Queere gefragt hat. Das ist dann sehr wichtig, dass man da natürlich – – Zum Beispiel haben wir mit LesMigraS eine Kooperation, dass wir sagen: Da können Sie hingehen. – Ich habe dann sofort angerufen und einen Termin vereinbart, und so geht das weiter.

Ich möchte an der Stelle aber auch sagen: Es gibt viele Merkmale für Mehrfachdiskriminierung, zum Beispiel das Merkmal Kopftuch. Das ist dann ein Thema, das Frauen und Gleichstellung betrifft. Das nehmen wir auch wahr, dass es für Frauen mit einem Kopftuch schwerer ist, eine bildungsadäquate Beschäftigung zu bekommen. Nicht nur Geflüchtete, auch die, die hier geboren und aufgewachsen sind und studiert haben, haben ja das Problem. Insofern möchte ich an dieser Stelle gerne die Geschäftsführerin von DaMigra – Dachverband der Migrantinnenorganisationen zitieren – ich finde, sie hat das sehr treffend gesagt –, dass wir hier nicht mit einer gläsernen Decke zu tun haben, sondern mit gläsernen Türen. Es geht in unserer Arbeit also wirklich darum, die Frauen bildungsadäquat auf den Arbeitsmarkt zu bekommen. Da stehen wir mit unserer Arbeit. Es ist sehr problematisch, gute Arbeit für sie zu finden; nicht einfach zu vermitteln, sondern wirklich eine gute Arbeit zu finden.

Wie sehen die Perspektiven aus? – Das ist auch eine Frage von Frau Dr. Haghanipour gewesen. Wie sehen da eigentlich Synergien aus? – Wir sind sehr dankbar, dass wir jetzt etabliert wurden als Beratung. Das ist für uns schon mal ein Zeichen, dass das anerkannt wurde und dass man weiß, dass es unverzichtbar ist, was wir leisten. Was die Zukunft betrifft, gibt es ja zum Beispiel in Berlin das Regionale Integrationsnetzwerk Berlin – RIN. Die haben auch sehr interessante Programme. Für qualifizierte Frauen gibt es unter anderem „Steps to Public Ser-

vice“. Das ist ein neues Programm, bei dem die Frauen, die Verwaltungswissenschaften oder Jura studiert haben – die kommen ja auch zu uns in die Beratung –, an diesen Weiterbildungen ohne Bildungsgutschein – das finden wir auch toll, dass man dafür keinen Bildungsgutschein braucht – teilnehmen können. Wir bei KOBRA zum Beispiel: Eine Kollegin hatte letztes Jahr eine tolle Veranstaltung zum PartMig-Gesetz, und dadurch, dass ich da jetzt auch etabliert bin, kann ich das mit ihr gemeinsam gestalten, dass wir Veranstaltungen zum PartMig-Gesetz machen. Da haben wir die Ratsuchenden, die gerne in der Verwaltung arbeiten würden, auf der anderen Seite haben wir eben dieses Programm, und wir sehen uns da wirklich als Brücke. Das ist das, was ich mir auch mehr für die Zukunft wünsche: solche Synergien, solche Programme, womit man gezielt Frauen, die in diesem Bereich arbeiten wollen, fördern kann.

Ihre Frage zu Einstellungen und wohlwollend – das ist auch eine gute Frage. Ich finde in diesem Bereich diesen Ermessensspielraum schwierig. Dieser Ermessensspielraum gibt dieser Person, die auf der anderen Seite sitzt, wirklich eine gewisse Macht. Deswegen berichten Frauen auch so unterschiedlich, wie Herr Omar gesagt hat. Es gibt einige, die bekommen die Berechtigung für einen C1-Kurs, und dann gibt es andere, die das nicht bekommen. Das heißt, es hängt wirklich von dieser Person ab, die da sitzt. Gesetzlich hat sie diesen Spielraum zu sagen: Ich gebe es dir –, oder: Ich gebe es dir nicht. – Also das sehen wir auch etwas kritisch. Zur Einstellung – ja, das Frauenbild ist – – an dieser Einstellung muss in Behörden wirklich gearbeitet werden. Welches Frauenbild von Frauen aus Nicht-EU-Ländern es gibt, ist bemerkenswert. Da kommen Frauen zu mir, was sie alles erzählen! Konnten Sie im Iran überhaupt Auto fahren? –, oder: Haben Sie im Iran – – Ja, die Frauen sind im Iran entrechtet, das wissen wir spätestens seit der Bewegung und Revolution Frau, Leben, Freiheit; das ist klar, aber die Frauen kämpfen. Wir haben sehr starke Frauen, nicht nur aus dem Iran, ich meine auch Syrien und Afghanistan. Also an das Frauenbild, an diese Einstellung sollte man, finde ich, wirklich noch herangehen und daran arbeiten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Hossein Pour, ich nehme an, dass Sie dann fertig sind mit der Antwortrunde?

Forough Hossein Pour (Mobile Bildungsberatung für zugewanderte Frauen im Projekt KOBRA): Na, es waren noch – – Ich habe alles aufgeschrieben, aber – –

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich muss nur so ein bisschen auf die Zeit achten, weil wir noch ein paar Tagesordnungspunkte haben, und die Senatorin müsste vor 16.30 Uhr auch noch das Wort bekommen, deswegen wollte ich nachfragen.

Forough Hossein Pour (Mobile Bildungsberatung für zugewanderte Frauen im Projekt KOBRA): Ich glaube, ich habe auf alles geantwortet.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Alles klar! Danke Ihnen sehr für Ihr Statement! – Dann hat jetzt Frau Azadbakht das Wort.

Tahereh Azadbakht (Beratungsstelle Frau und Arbeit, Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e. V.): Ich knüpfe an Frau, Leben, Freiheit an, die Bewegung in Iran, die uns sehr viel Kraft gegeben hat in der Zeit, und zwar wollte ich diesbezüglich auch sagen, dass die geflüchteten Frauen, die zu mir kommen, nicht nur Akademikerinnen sind. Wie ich schon am

Anfang gesagt habe: Da kommen diverse Frauen aus verschiedenen Bereichen, mit verschiedenen Bildungsniveaus, wo man auch in der Beratung darauf achten muss, eine einfache und leichte Sprache zu wählen, wenn das festgestellt wird, dass die Frau mich als Beraterin nicht versteht.

Ich versuche, die Fragen ganz kurz zu beantworten, wegen unserer Zeit. – Wie kommen die Frauen zu Ihnen? – Am Anfang unserer Arbeit haben die Frauen – – also ich habe immer wieder in diversen Runden gesagt, dass wir sehr viel durch mündliche Propaganda, durch mündliche Kommunikation unter Frauen angesprochen werden und der Weg zu uns gefunden wird. Inzwischen hat sich sehr viel verändert. Inzwischen gibt es WhatsApp- und Telegram-Gruppen und auch unsere Netzwerke. Also wenn wir zum Beispiel Workshops machen und mit bestimmten Kreisen in Verbindung kommen – – Als die WiA-Büros in Spandau noch existierten, gab es zum Beispiel eine bestimmte Gruppe mit Frauen in Spandau, die mit uns in Verbindung war. Deswegen finden uns die Frauen jetzt anders, seitdem wir mit unseren Bildungsprojekten fest da sind. Es gibt eine Sekretärin bei uns im Zentrum, sie wird auch angerufen. Diverse Frauen, wie ich gesagt habe, aus Spanien, Portugal – die haben alle dadurch den Weg zu mir gefunden. Das ist sehr wichtig, dass wir jetzt anders arbeiten. Das ist auch eine Bereicherung für Berlin.

Zu den Zahlen der Mobilen Bildungsberaterinnen: Ich finde schon, dass es sehr wenig ist, vier Frauen in Berlin. Meine Kollegin sagt, dass es gebildete Menschen sind. Wir haben aber auch die Erfahrung, dass sehr viele ungebildete Afghaninnen in diesen Unterkünften sitzen. Als Frau Gerber noch gearbeitet hat, habe ich mit ihr – am Anfang, das war 2018 – ein Gespräch geführt, und wir waren in Zehlendorf in einer Unterkunft verabredet; leider konnte sie diesen Termin nicht annehmen. Das ist eine Riesenunterkunft gewesen, mit etagenweise Containern. Ich habe damals den Vorschlag gehabt und habe heute noch den Vorschlag, dass man den Frauen direkt in den Unterkünften Deutschunterricht gibt. Die, die zur Schule gehen – Herr Omar hatte nach dem Spracherwerb gefragt – machen A1 und dann acht Wochen Pause. Was ist das? Es gibt so viele, die überhaupt keinen Kontakt in der deutschen Gesellschaft haben. Ich schicke sie zu Sprachcafés, ich schicke sie zur Ulme35, ich schicke sie zu all diesen Möglichkeiten, die wir als Sprachcafé kennen, wo ich das Gefühl habe, dass sie gut aufgehoben sind, aber die kommen trotzdem mit acht Wochen – – Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Korrektur einer Arbeit von A1 acht Wochen dauert. Da müsste man vielleicht Zwischenkurse organisieren.

Die Sprachkurse haben mich immer wieder beschäftigt, und zwar: In diesen Sprachkursen werden verschiedene Menschen aus verschiedenen Bildungsniveaus zusammengestellt. Mir hat vor drei Tagen – – Bevor ich hierhergekommen bin, habe ich noch mal eine Runde, eine Sitzung mit mehreren Frauen gemacht und gefragt: Was könnt ihr mir erzählen? – Mir wurde erzählt, dass ein afghanischer Mann in dem Sprachkurs war, der nicht mal irgendwann in seinem Leben einen Bleistift in der Hand hatte. Es wurden immer wieder für diese Person Pausen gemacht und dann erklärt, weil er noch nie lesen und schreiben konnte. Und der sitzt mit der Frau, die mir diese Geschichte erzählt hat, in dem Kurs. Sie ist im Iran Rechtsanwältin gewesen, und jetzt arbeitet sie bei den Stadtteilmüttern.

Frauen aus aller Welt – ich glaube, Sie haben gefragt: Wie übersetzen wir, oder wie gehen wir mit der Sprache um? – Wir sprechen einfach diverse Sprachen, Farsi, Englisch, Spanisch, und als wir zum Beispiel im WiA-Büro gearbeitet haben, haben wir schon Sprachmittler zur Ver-

fügung gehabt. Oder es gibt auch junge Frauen, die für sehr wenig Geld bereit sind – aus Syrien zum Beispiel habe ich so einen Fall gehabt –, als Begleitung zu arbeiten, die haben uns bei der Sprache geholfen.

Mit welchen Anliegen kommen die Frauen, und was bewirken wir? – Hauptsächlich kommen sie orientierungslos. Das ist interessant: Egal, ob eine Frau aus Portugal ist oder aus Afghanistan, die sind orientierungslos, weil sie sich in einer neuen Gesellschaft zurechtfinden müssen. Wir kooperieren natürlich zum Beispiel bei den geflüchteten Frauen, die Gewalt erfahren und auf dem Weg diverse Erfahrungen gemacht haben, mit LARA und XENION. Inzwischen haben wir schon ein Netzwerk in dem Bereich. Das Zentrum ÜBERLEBEN hat auch diverse Kurse. Wir kooperieren mit ihnen, weil wir nicht mehr in der Lage sind, diese Frauen da noch abzuholen. Das geht einfach nicht mehr, und das ist auch nicht unsere Arbeit. Dieser Bereich funktioniert dadurch, dass wir seit Jahren dabei sind, sehr gut, würde ich sagen. Manchmal habe ich auch Organisationen zu uns eingeladen, damit sie die Frauen informieren. BIG zum Beispiel wurde als Organisation mal eingeladen, damit sie auch Informationen mitbringen und die Frauen in bestimmten Situationen wissen, wie sie in Deutschland zu reagieren haben.

Über die Perspektive hat meine Kollegin schon erzählt. – Ich habe hier etwas geschrieben, was ich nicht vorgelesen habe: kontinuierliche Angebote des Spracherwerbs, Einbeziehung der vorhandenen Kenntnisse und Fähigkeiten der Betroffenen bei der Integration in den Arbeitsmarkt und nicht zuletzt mehr Sprachkompetenzen in Jobcentern und Behörden, um strukturelle Hürden zu überwinden. Wir sind natürlich auch mit anderen europäischen Ländern in Kontakt. Zum Beispiel in Schweden geht man mit den ganzen Fähigkeiten einfach anders um. Wenn jemand als Koch da ankommt, dann weiß man, dass er Koch ist, und er braucht eine Begleitung. Meine Cousine ist Ingenieurin, die hat sofort eine Begleitung gehabt, und jetzt arbeitet sie in einer großen Firma. Bei uns zum Beispiel, bei den iranischen Frauen, die haben fast alle einen Hochschulabschluss. Abitur ist das Mindeste, was eine Iranerin mit nach Deutschland bringt. Sie sind einfach da, und bei diesem Fachkräftemangel können wir auf dieses Potenzial, auf diese Fähigkeiten und Qualifikationen zugreifen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Azadbakht, auch für Ihre Stellungnahme! – Ich möchte jetzt gerne noch der Senatorin das Wort geben für die Stellungnahme des Senats. Dann sehen wir weiter, wie wir mit diesem Tagesordnungspunkt verfahren.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch für den Erfahrungsbericht, den Sie mit uns geteilt haben! Der zeigt ja, dass das Angebot absolut notwendig ist. Das wissen wir, und deshalb gibt es ja die Finanzierung und die Sicherheit, dass die Projekte auch finanziert werden.

Was die Frage der Supervision angeht, hat mir mein Haus mitgeteilt, dass KOBRA, der Träger, hier einen Antrag gestellt hatte und der bewilligt wurde. Es wird also eine Supervision für die Mobilen Bildungsberaterinnen geben. Das freut mich auch sehr, das will ich Ihnen hier auch mitgeben.

Wir sehen, dass viele Menschen Zuflucht gesucht haben. Unser, mein Ziel ist es natürlich, dass wir über die Arbeitsmarktintegration auch schnell eine gesellschaftliche Teilhabe erreichen. All das sind Querschnittsthemen, die in verschiedenen Abteilungen bei mir im Haus behandelt werden. Dazu wir auch Max Landero gleich etwas sagen. Also wir achten auch

schon darauf, dass eine Arbeitsmarktintegration berufsadäquat und nachhaltig erfüllt werden kann. Wir haben jetzt mit der Begleitung des Job-Turbos auf der Bundesebene, wie gesagt, noch mal den Fokus darauf gelegt, dass Sprachkurse auch berufsbegleitend angeboten werden, auch in Betrieben angeboten werden. Das wollen wir berlinseitig natürlich auch weiterhin so begleiten, um eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration mit guten Arbeitsbedingungen und guten Beschäftigungsverhältnissen möglich zu machen.

Danke für Ihre Arbeit, die Sie leisten! Ich muss jetzt zur ASMK, Arbeits- und Sozialministerinnen- und -ministerkonferenz, und würde an dieser Stelle das Wort dem Staatssekretär und meiner Fachebene bei Nachfragen übergeben. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Dann verfahren wir so. Herr Max Landero hat das Wort.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA): Um so viel kann ich meine Senatorin gar nicht ergänzen, weil sie tatsächlich schon einiges dargestellt hat. Tatsächlich wäre noch mal wichtig zu sagen – das hatte die Senatorin aber auch schon angedeutet –, dass wir bei uns im Haus eine Reihe von Chancengleichheitsstrategien haben. Sie haben es ja angesprochen: Sie sind praktisch durch den ganzen Katalog der Maßnahmen, die wir in unserem Haus anbieten, von RIN über BEMA und PartMig-Gesetz bis zu den verschiedenen Beratungssystemen. Das bedeutet, das sind ja alles wir, und wir würden schon für uns in Anspruch nehmen, dass wir da eigentlich genau jedenfalls die Grundstruktur liefern von dem, was Sie auch einfordern. Wir sind auch immer an Ihrer Seite, dass wir da an der einen oder anderen Stelle natürlich nachsteuern müssen und dass wir auch noch mal andere Häuser überzeugen müssen, gesellschaftspolitisch noch mal einwirken müssen an der einen oder anderen Stelle, auch auf Arbeitgeber einwirken müssen. Das ist ja auch ein Teil der Wahrheit. Wir würden aber schon für uns in Anspruch nehmen, dass wir dort ganz weit vorne sind. Das hat ja auch Ihr Bericht gezeigt, dass wir viele Projekte fördern und jetzt noch mal zu einer qualitativen Verbesserung, beispielsweise durch Supervision bei den einzelnen Trägern und auch hier im konkreten Fall, unseren Beitrag leisten.

Es ist auch noch mal wichtig zu sagen, dass wir hier gerade insbesondere über ein Beratungssystem sprechen und wir eben auch dieses System der Beratungssysteme haben. Das war so ein bisschen die Richtung der Frage der Linken, soweit ich sie verstanden habe. Das ist ähnlich, was die Kosten von Übersetzungsdienstleistungen angeht: Das ist auch nicht mit Ja oder Nein zu beantworten, sondern das ist natürlich auch von Fall zu Fall eine Frage. Im Asylbewerberleistungsgesetz gibt es Beispiele, wo Übersetzungsleistungen möglich sind, aber natürlich gibt es mittlerweile auch von uns Audio-Video-Dolmetschen als Pilotprojekt, wo wir auch Geld hineinstecken. Es gibt auch verschiedene andere Träger, die sich damit beschäftigen. Dazu können wir gern noch mal eine konkretere Übersicht darstellen. Also es ist jetzt nicht einfach zu beantworten.

Die Zahlen zu RIN können wir jetzt natürlich nicht aus dem Ärmel schütteln. Das würden wir auch noch mal nachliefern, weil wir Ihnen natürlich auch keine falschen Zahlen liefern möchten.

Dann war noch die Frage von den Linken, was wir konkret auf Bundesebene tun, um bei reglementierten Berufen zu einer Flexibilisierung bzw. zu einer besseren Anerkennung zu kom-

men. Tatsächlich hat das der Bundesminister heute Morgen in der Schalte der Chefinnen der Senatskanzleien angesprochen, bei der ich dabei sein durfte, und wirklich noch einmal einen Appell an die Länder gerichtet, dass wir dort eine gemeinsame Anstrengung unternehmen, um für die Menschen, die hier ankommen, bessere Schritte zu gehen. Ich glaube, dass Berlin sich dem, jedenfalls von unserer Seite aus, erst mal nicht verschließen wird, aber natürlich sind reglementierte Berufe zum Teil auch zu Recht reglementiert. Es ist also auch eine Schutzfunktion, das bedeutet, es ist auch ein Ausgleichsprozess, den wir da auf jeden Fall gehen müssen. Das war aber insbesondere vom Bundesminister ein sehr deutlicher Appell an die Länder, in den Bereichen, in denen sie sich bewegen können oder in denen sie zumindest zustimmungspflichtig sind, auch mitzuwirken.

Ich habe mir – außer, ich habe jetzt noch etwas vergessen – auch das Thema Mehrfachdiskriminierung aufgeschrieben. Das beantwortet unser Haus bis zu einem gewissen Punkt mit verschiedenen Fachstellen: der Fachstelle auf dem Arbeitsmarkt, der Fachstelle im Gesundheitssystem – wo ich, wie ich schon dargestellt habe, heute einen kleinen Zwischenerfolg melden kann, nämlich dass wir dort jetzt einen Fahrplan haben – und natürlich die Fachstelle auf dem Wohnungsmarkt. Das bedeutet, wir sind da natürlich hinterher und schauen uns an, wie Diskriminierung in verschiedenen Lebenswirklichkeiten wirkt, aber, noch mal: Es ist natürlich ganz wichtig, und dem dient ja die heutige Anhörung, den Fokus insbesondere noch mal auf Frauen zu legen. Das ist, glaube ich, auch ganz deutlich geworden in Ihrer Arbeit. Auch von mir noch mal vielen Dank dafür!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann darf ich noch der Fachebene, Frau Dr. Kämper, das Wort geben. – Bitte sehr!

Dr. Gabriele Kämper (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich würde es auch ganz kurz machen: Die Fachebene ist sehr glücklich darüber, dass wir die vier Mobilen Berufsberaterinnen in unser Haus, in unseren Haushalt, in unsere Abteilung übernehmen konnten. Die Arbeit kannten wir vorher schon und waren davon sehr angetan; insofern auch vielen Dank für die Ausführungen hier!

Die Frage, warum nur vier, stellt sich relativ naturwüchsig angesichts der Zielgruppe, die in den Blick genommen wird, aber die vier Mobilen Bildungsberaterinnen sind natürlich nicht die einzigen Bildungsberaterinnen, die wir einsetzen. Wir fördern 58 Projekte im Bereich von Bildung und Arbeitsmarktbildung, in denen auch Beratungsleistungen für Frauen in Bildung und Beruf angeboten werden, die sich zusammengeschlossen haben in einem Beratungsnetzwerk für Frauen für Beruf, Bildung und Beschäftigung, „Berufsperspektiven für Frauen“. Darin sind die anwesenden Kolleginnen auch mit engagiert, um genau diese vielen Stellen, die immer mit einbezogen werden, dann auch gut zu erreichen. Das ist, glaube ich, das Wichtigste, was hier noch hinzuzufügen ist. Die Bildungsberatung ist für uns in der Fachabteilung also wirklich eine sehr hervorstechende Priorität, was die Arbeitsmarktpolitik angeht. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank! – Wir sind am Ende dieser Anhörung. Ich möchte mich bei Ihnen beiden, liebe Frau Hossein Pour und liebe Frau Azadbakht – mit Ihrem Vornamen Soheila; habe ich mir gemerkt! – ganz herzlich bedanken. Das war ein sehr engagierter und sehr unterstützender Beitrag. Wir wünschen Ihnen im Namen des Ausschusses für Ihre Arbeit viel Erfolg, weiterhin mit so viel Engagement und Herzblut! Natürlich können Sie sicher sein, dass wir die Proteste der Frauen im Iran sehen und sie auch solidarisch unterstützen. Es ist eine sehr große Anstrengung, und wir wünschen allen Frauen, die hier auch aus Berlin Unterstützung liefern, viel Kraft. Unsere Solidarität haben Sie. Vielen Dank! Sie können unserer Ausschusssitzung noch weiter folgen, wenn Sie möchten, aber der Anhörungsteil ist beendet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe davon aus, dass Sie auch hier wieder einverstanden sind, dass wir, wenn das Wortprotokoll vorliegt, diesen Punkt wieder aufrufen und ihn entsprechend heute vertagen. – Dann verfahren wir so. Noch mal einen Dank an alle, die diese Anhörung mitgestaltet haben!

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Bericht zu den geplanten Kürzungen für das Jahr 2024 im Kapitel Frauen und Gleichstellung (Epl. 11 – Kapitel 1180 Haushaltsplan von Berlin 2024/2025) zur Umsetzung der Sparvorgabe durch die Pauschale Minderausgabe (PMA)** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0108 IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 19/1390 **Mehr Sicherheit für Frauen und Mädchen in Berlin – Einführung eines Frauennachttaxi-Modellprojekts in den Bezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg**	0119 IntGleich Haupt Mobil(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke — 0120
Drucksache 19/1485 — IntGleich
Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen: Jetzt handeln, nicht warten! — Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD — 0121
Drucksache 19/1493 — IntGleich
Führen in Teilzeit: Etablierung von Jobsharing-Modellen im Öffentlichen Dienst des Landes Berlin — Haupt(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.